GUNNAR HEINSOHN & OTTO STEIGER

Geld, Produktivität und Unsicherheit in Kapitalismus und Sozialismus Oder: Von den Lollarden Wat Tylors zur Solidarität Lech Walesas

aus: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Bd. 9, 1981, S. 164-194

in aktueller Form aufbereitet
Mario Schieschnek • Burgstädt 2012

Gunnar Heinsohn / Otto Steiger

Geld, Produktivität und Unsicherheit in Kapitalismus und Sozialismus

Oder: Von den Lollarden Wat Tylors zur Solidarität Lech Walesas

Die Hegelsche Vorstellung, nach der die Negation das Negierte zugleich bewahren müsste, ist wahrscheinlich selbst der gute alte Aberglaube an den göttlichen Sinn, das heißt die Affirmation des Positiven. Warum sollte „bewahrt" werden, warum nicht vergessen werden? Es ist die Setzung der Wahrheit, die in der Philosophie doch gerade nicht vorausgesetzt werden darf, es ist positive Theologie.
Max Horkheimer

I

Die ökonomische Krise der Staaten des Rats zur gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW), deren Unfähigkeit, die programmatisch verkündete Entfesselung der Produktivkräfte ins Werk zu setzen, ist offenkundig. Der eindrucksvollste Beleg dieser Krise ist heute nicht Polen, sondern die politisch ungleich stabilere DDR. Auf ihrem Gebiet war — aufgrund des überlegenen Maschinenbaus — bis 1947 die durchschnittliche Arbeitsproduktivität fast ebenso hoch wie auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik, fiel dann aber nach der Verstaatlichung der wichtigsten Produktionszweige innerhalb von nur 25 Jahren auf etwa 65 Prozent[1] des hiesigen Niveaus. In der CSSR mit ihrer hochentwickelten und im Kriege unzerstört gebliebenen böhmischen Industrie vollzog sich die Produktivitätsentwicklung nach der Verstaatlichung ziemlich ähnlich.

Als Ursache der Krise wird eine dem System immanente „stockende ökonomische Entwicklung"[2] diagnostiziert. Es wird aber nicht erklärt, warum dieses System, das doch für eine dem Kapitalismus überlegene Produktivkraftentwicklung geschaffen wurde, von sich selbst mit — scheinbar — überzeugenden Gründen auch tatsächlich glauben durfte, eben für solchen Zweck genau das richtige zu sein. Wir wollen nun zeigen, dass diese Gründe in unschlüssigen Erklärungen des Kapitalismus durch Marx und den Marxismus liegen. Wir haben also zu zeigen, dass es sehr wohl zwischen dem ökonomischen System der RGW-Staaten und der Marx'schen Theorie eine direkte Verbindungslinie gibt. Das Versagen dieses Systems betrachten wir mithin zugleich als praktische Kritik an der Marx'schen Erklärung des Kapitalismus und dabei — wie zu zeigen ist — besonders des *Geldes*[3].

II

Wir werden damit beginnen, an der Marx'schen Erklärung der Entstehung des modernen Kapitalismus mit freier Lohnarbeit in England durch sein Konzept von der sogenannten ursprünglichen Akkumulation jene Fehler herauszuarbeiten, für deren Nicht-Erkenntnis dann im realen Sozialismus der Preis fehlender Entwicklungsdynamik gezahlt werden muss.

---

[1] Vgl. dazu M. Melzer: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDK von 1936 bis 1978 sowie Schätzungen des künftigen Angebotspotentials, DIW- Beiträge zur Strukturforschung Heft 59, Berlin 1980, S. 127. Vergleicht man den Kapitaleinsatz, wird erst der wahre Produktivitätsunterschied deutlich, zeigt sich doch an ihm, dass die DDR mehr Kapital pro Arbeitsplatz als das BRD-Kapital aufwenden muss (1970: 8 800 Mark in der DDR und 7 200 DM in der BRD). Entsprechend lag der effektive Kapitalkoeffizient (Verhältnis von Bruttoanlagevermögen zum Nettoproduktionsvolumen) in der DDR 1970 bei 2,3 und in der BRD bei 1,6. Noch stärker erweisen sich die Unterschiede beim Einkommen. So lag das durchschnittliche Arbeitseinkommen 1979 in der DDR mit 1.020 Mark pro Monat ca. 50% unter demjenigen der BRD. Vgl. P. Kniersch: Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1980/81, Neue Zürcher Zeitung vom 6.2.1981

[2] Vgl. P. G. Hare: Economic Reform in Hungary: Problems and Prospects, in Cambridge Journal of Economics, 1977, S. 317

[3] Vgl. ausführlich zu Abschnitt II G. Heinsohn, O. Steiger; Das Marx'sche Scheitern bei der Erklärung des modernen (i. e. englischen) Kapitalismus mit freier Lohnarbeit oder: Wie die neuzeitliche Geldwirtschaft wirklich zustande kommt, Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie Nr. 23, Universität Bremen, 1979

Marx ist sich sehr früh darüber im Klaren, dass er das Erscheinen des freien Lohnarbeiters auf der historischen Bühne richtig begreifen muss, wenn er den englischen Kapitalismus verstehen will. Am Anfang dieses ‚Schauspiels' sieht er einen „Eigner von Geld, Produktions- und Lebensmitteln"[4]. Dass dieser ‚Geld-Anfang' gar nicht ernst genug genommen werden kann, unterstreicht er mit der Aussage, dass „Geldvermögen, Kaufmannskapital"[5] Ausgangspunkt der Entwicklung zum Kapitalismus mit freier Lohnarbeit wird. Bereits am 2.4.1858, in einem Brief an Engels, hatte er geschrieben: „Die antediluvianische Form des Kapitals ist das Handelskapital, das entwickelt immer Geld. Zugleich Entstehung des wirklichen Kapitals aus dem Geld oder kaufmännischen Kapital, das sich der Produktion bemächtigt"[6].

Diese Machtergreifung stellt Marx sich nun so vor, dass die ‚Geldleute' den Plan fassen, ihr Geld durch die Ausbeutung freier Lohnarbeiter noch reichlicher als bis dahin zu vermehren. Da nun solche freien Lohnarbeiter kaum zur Verfügung stehen, setzen sie diese mit „Gewalt"[7] in die Welt. Wer sind nun diese ‚Geldleute'? Marx kann sich da nicht ganz eindeutig entscheiden. Er sieht sie hauptsächlich während des 16. Jahrhunderts an ihrem gewaltsamen Werke der „Verwandlung der feudalen in kapitalistische Exploitation". Er entscheidet sich schließlich für einen „neuen" Feudaladel. Bei der Betrachtung dieses Feudaladels verfängt er sich nun in Widersprüchen. Er berichtet nämlich, dass „die Leibeigenschaft im letzten Teil des 14. Jahrhunderts faktisch verschwunden" ist. Er weiß überdies, dass der Landarbeiter Ende des 14. Jahrhunderts „‚in Fülle leben und Reichtum akkumulieren konnte'" und im 15. Jahrhundert das „‚goldene Zeitalter der englischen Arbeiter in Stadt und Land'" angebrochen war, während die kleinen Grundeigentümer mit ihren Familien nur noch etwa 15 % der englischen Gesamtbevölkerung ausmachten.

Da nun aber die Leibeigenschaft wie Marx sieht, verschwunden ist und die freien Arbeiter gut verdienen, dürfte es einen Feudaladel, der ja durch Zwangsgewalt über unfreie Arbeiter und Grundeigentum definiert ist, nicht mehr geben. Die Herkunft von Marx' neuem Feudaladel aus dem 16. Jahrhundert bleibt im Zusammenhang seiner Gedankenführung also rätselhaft. Er macht an ihm dann weitere Beobachtungen, die nicht minder dunkel klingen: Er sei nämlich „ein Kind seiner Zeit, für welche Geld die Macht aller Mächte" darstelle.

Marx fällt damit auf, dass sein neuer Feudaladel vom gewöhnlichen Feudaladel der vergangenen 1000 Jahre, über welchen das Geld keineswegs eine überragende Macht gehabt hatte, zu unterscheiden ist. Wir haben also nach Marx nun einen neuen Feudalherrn des 16. Jahrhunderts, obwohl — wiederum nach Marxens eigenem Bekunden seit dem 14. Jahrhundert faktisch Feudaladel kaum noch existiert, da es kaum noch Leibeigene gibt. Dieser Feudaladel habe Macht über Geld, aber zugleich habe das Geld Macht über ihn und er tue überdies etwas, was noch nie an einem Feudalherrn beobachtet werden konnte: Statt seine unfreien Arbeitskräfte mit Gewalt auf der Scholle zu halten, verjage er sie aus der feudalen Exploitation.

Marx muss gespürt haben, dass seine Ausführungen unzulänglich waren. Er machte sich deshalb Gedanken, warum denn der englische Feudaladel so ‚geldgierig' sei, obwohl er das noch früher nicht gewesen sei. Hier verfiel er zur Erklärung für die Geldgier nun auf das ‚unterwühlende Ausland': „Den unmittelbaren Anstoß dazu [zur gewaltsamen Freisetzung der leibeigenen Landarbeiter — d. V.] gab in England namentlich das Aufblühen der flandrischen Wollmanufaktur und das entsprechende Steigen der Wollpreise". Wegen einer Preisbewegung auf dem Kontinent verjage also der englische Lord seine sichere Einnahmequelle und schicke stattdessen Wollschafe auf seine Güter: „Verwandlung von Ackerland in Schafweide ward also sein Losungswort".

Nun wäre es denkbar, dass bei steigenden Wollpreisen ein Feudalherr seine Wollproduktion erhöhte. An diesen Preisen konnte er aber nicht die Gewissheit gewinnen, dass er für alle Zukunft sein Einkommen, nunmehr ohne zahlreiche Leibeigene, zu sichern vermochte. Tatsächlich begannen die sogenannten Einhegungen — als ohnehin bloß auffallendste, keineswegs erste Maßnahme für die Herbeiführung des neuzeitlichen Kapitalismus — bereits um 1485 und nicht unmittelbar nach dem Steigen von Wollpreisen im Flandern des 16. Jahrhunderts[8].

Wir haben nun nicht mehr nur einen „neuen" englischen Feudaladel im 16. Jahrhundert, von dem Marx zugleich weiß, dass es ihn im späten 14. Jahrhundert faktisch kaum noch gibt. Dieser Feudaladel ist auch ungewöhnlich einfallsreich, unternimmt er doch etwas, worauf z.B. viel näher am flandrischen Markt lebende Feudalherren nicht verfallen — und zwar nicht einmal dann, nachdem ihnen die einfallsreicheren englischen Kollegen/Konkurrenten es vorgeführt haben.

---

[4] K. Marx: Das Kapital – Erster Band (1867, 1890[4]), MEW 23, S. 742
[5] ibid., S. 161 und S. 326; vgl. zusätzlich K. Marx: Das Kapital - Dritter Band (1894), MEW 25, S. 339
[6] K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859), Berlin 1947, S. 219
[7] Vgl. K. Marx: Das Kapital – Erster Band, a. a. O., S. 742; für die folgenden Marx-Zitate vgl. ibid., S. 743, 746, 744, 702, 702, 744/FN 190, 746, 746, 746.
[8] Vgl. J. Kulischer: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, II (1929), Darmstadt 1976, S. 64

Entwirren wir nun Marxens Widersprüche: Es trifft zu, dass seit dem 14. Jahrhundert — und zwar nach dem großen Lollardenaufstand unter Wat Tylor von 1381 — die Befreiung aus leibeigener Abhängigkeit ziemlich weit reicht.[9] Diese ist auch Resultat von Gewalt, aber nicht, wie Marx glaubt, das Ergebnis einer für die Geldvermehrung ausgedachten Gewalt von Feudalherren des 16. Jahrhunderts, sondern das Ergebnis einer militärischen Pattsituation nach dem Aufflammen revolutionärer Gewalt leibeigener Bauern im 14. Jahrhundert. Da dieser Aufstand von 1381 nicht mit einem Sieg der Bauern endet, erreichen sie also nicht ihr Ziel, „freie, selbstwirtschaftende Bauern"[10] zu werden, wie Marx glaubt, sondern verfehlen in der Mehrzahl gerade diese Absicht. Daher erleidet der Feudaladel keine umfassende Niederlage: Zwar verliert ein großer Teil von ihm seine unfreien Arbeitskräfte, er vermag aber seine Ländereien zu behalten.

Ausgehend von dieser historisch neuen Lage können wir uns nun der Frage zuwenden, warum der Adel ‚geldgierig' wird und warum er nicht von vornherein in Produktivkapital zu verwandelndes Geld massenhaft zur Verfügung hat. Er ist nämlich kein wirklicher Feudaladel mehr, sondern nur noch ein Grundbesitzbürgertum mit adligem Namen. Er kann also von seinem Land, das zuvor die unfreien Bauern für ihn bewirtschaften mussten, nicht mehr ohne weiteres leben. Will er nun von neuem Arbeitskräfte in seinen Dienst bringen, ohne sie durch unmittelbare Zwangsgewalt dazu weiter nötigen zu können, muss er ihnen etwas anbieten, mit dem wiederum sie, die ja zum guten Teil selbst-wirtschaftende Bauern nicht werden konnten, ihre Existenz zu sichern vermögen. Was bietet er ihnen an? „Nun wird . . . bezeugt, die Lords hätten selber die ‚Böswilligkeit und Geldgier' der Arbeiter gefördert, indem sie ihre ungesetzlichen Forderungen bewilligten und ihnen ihre Nachlässigkeit beim Arbeiten hingehen ließen, ja auch fernerhin auf die Ersetzung der Frondienste und anderer Leistungen durch Geldzahlungen und sogar auf Ermäßigung der letzteren eingingen, — all dies nur, um sich die Bauern um jeden Preis zu erhalten"[11].

Da also viele leibeigene Bauern zu Ende des 14. Jahrhunderts in England nicht freie Bauern, sondern nur freie Landarbeiter werden, stehen sie außerhalb der Existenzsicherheit der feudalen Gutswirtschaft. Und da sie eben nicht mehrheitlich genügend Land an sich reißen konnten, blieb ihnen auch der Ausweg in eine wirklich zureichende eigene Subsistenzwirtschaft weitgehend verschlossen. Der sogenannte Feudalherr (bzw. sein Pächter, den er zunehmend dieses Geschäft erledigen lässt), der in Wirklichkeit nur noch ein Bodenbürger ist und deshalb keine landwirtschaftlichen Produkte mehr erhält, mit denen er potentielle Lohnarbeiter bezahlen könnte, vermag sie nur mit der Gewährleistung eines Anspruchs auf die für sie notwendigen Lebensmittel in die Arbeit zu locken.

Hier haben wir eine historische Situation, in der Geld entsteht: Der Leibeigene, der freier Bauer werden wollte, aber nur freier Lohnarbeiter wurde und daher seine Lebensmittel nicht selber herstellen kann, muss diese nun kaufen können. Der Adelige, der Grundbesitzer, aber nicht Feudalherr geblieben ist, muss dem nun so dringend benötigten Lohnarbeiter eben diese Kauffähigkeit verbürgen. Damit nun der Lohnarbeiter ein Mittel zum Einkauf in die Hand bekommt, muss der Grundbesitzer bei ihm Schulden machen. Das gelingt ihm dadurch, dass er für die Ansprüche des Lohnarbeiters mit seinem Grundeigentum bürgt. Der Lohnarbeiter, der mit einem ‚Schuldschein' des Landbesitzers einkaufen geht, bekommt für diesen Schuldschein etwas, das durch Grundbesitz gedeckt ist und das er gerne übernähme. Der Lohnarbeiter verdingt sich, selbst wenn er über eine minimale Subsistenzwirtschaft bereits verfügt, für Geld, um sein ursprüngliches Ziel — freier Bauer zu werden — durch Erwerb oder Zuerwerb von Land, dessen Verkaufbarkeit über Verpfändung durch den kreditsuchenden Grundherrn nunmehr gegeben ist, realisieren zu können. Dieses Motiv treibt auch heute noch viele südeuropäische Gastarbeiter, die einmal ein eigenes Geschäft haben wollen, in die Lohnarbeit.

[9] Auch von marxistischer Seite ist dies bereits Anfang der fünfziger Jahre durchaus gesehen worden. Vgl. R. Hilton: Kapitalismus – Was soll das bedeuten? (1951), in R. Hilton (Hg.): Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (1976), Frankfurt/M. 1978, S. 195-213, insbes. S. 206 ff. Vgl. auch seine Einleitung, ibid., S. 27 f.

[10] Vgl. K. Marx: Das Kapital – Erster Band, a. a. O., S. 744 f.

[11] J. Kulischer, a. a. O., I (1928), S. 144; Vgl. zu den hohen Geldlöhnen auch R. Hilton: The Decline of Serfdom in Medieval England, London 1968, insbes. S. 32-43.

Unsere Behauptung, dass in dieser historischen Konstellation „Geld entsteht“ scheint offensichtlich im Widerspruch zur Wirklichkeit jener Zeit zu stehen. Und tatsächlich verführt auch das damals vorhandene handelskapitalistische Edelmetall (Silber und Gold) Marx dazu, dieses Geld als historischen Agenten dingfest zu machen. Gewiss erleichtert es in jener Zeit die technische Gestaltung der nunmehr reichlich zirkulierenden ‚Entlohnungs-Schuldscheine‘. Wir können unsere Behauptung, dass in dieser Konstellation Englands im späten 14. Jahrhundert „Geld entsteht“, dennoch zuspitzen: Auch für den hypothetischen Fall, dass im England dieser Zeit keinerlei Handelsmünzen vorfindlich gewesen wären, kam eben jene Konstellation zustande, die ‚Geld‘ und schließlich auch so etwas ähnliches wie Münzen hervorgebracht hat. Machte man große Mengen zuvor angesammelten (akkumulierten) Geldes zur Voraussetzung für eine kapitalistische Wirtschaft, dann bliebe unerklärlich, wie z.B. der antike Kapitalismus zustande gekommen ist. Dieser erfand ja das Münzgeld, beginnt also eine Epoche, der — anders als nach dem Mittelalter — keine monetäre Akkumulation vorausgeht. (Wir haben an anderer Stelle gezeigt, dass auch das Geld der Antike nichts anderes darstellt als ein Mittel, die in dieser neuen historischen Situation zustande gekommenen Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse handhabbar zu machen).[12]

Die neuzeitliche englische Geldwirtschaft ist also Resultat der Konstellation ‚Landbesitzer ohne Zwangsarbeiter — freie Lohnarbeiter ohne Land‘. Beim Landbesitzer muss Geld als Ausgangspunkt keineswegs vorhanden sein, damit er sich diese Situation ausdenkt und dann auch gewaltsam herbeiführt, er muss nur — und zwar ganz unfreiwillig — zu einem Schuldner werden. Marx ahnte das vielleicht, als er schrieb, dass „das Geld nicht Produkt der Reflexion oder der Verabredung ist“[13]. Er verfehlt aber mit der Rede, dass es „instinktartig im Austauschprozess gebildet wird“ gerade den politischen Konflikt.

Es soll hier nicht unterschlagen werden, dass Marx mehr als nur eine solche Ahnung zeigt, wenn er zur Verwandlung russischer Feudalherren in Agrarkapitalisten nach der sogenannten Bauernemanzipation von 1861 äußert: Sie „klagen über … Mangel an Geldkapital. So heißt es z.B.: Bevor man die Ernte verkauft, habe man Lohnarbeitern in größerem Umfang zu zahlen, und da fehle es an der ersten Bedingung, an Barem. Kapital in der Form von Geld muss gerade zur Zahlung des Arbeitslohns beständig vorhanden sein, um die Produktion kapitalistisch zu betreiben“[14]. Unkorrekt an dieser Aussage ist, dass Geld irgendwie vorher vorhanden sein müsse. Es muss nur für Schulden eine Sicherheit geboten werden, die der Grundbesitzer eben mit seinem Land zu geben vermag. Marx sieht aber immerhin im Unterschied zu seiner Annahme über die ursprüngliche Akkumulation als Voraussetzung des englischen Kapitalismus, in welcher er die Agrarherren erst Geld haben und dann den Kapitalismus einführen lässt —, dass Agrarkapitalismus durchaus mit Bodeneigentümern in Gang kommen kann, denen es an Barem gerade gebricht. Wiederum findet Marx auch im Russland des 19. Jahrhunderts Münzgeld bereits vor und kann sich somit ein weiteres Mal ersparen, unter Abstraktion von diesem die Entstehung einer Geldwirtschaft zureichend erklären zu müssen. Dabei weiß er um das schlichte Mittel, mit welcher ganz münzlos Geld entsteht, indem nämlich der Arbeiter dem Kapitalisten seinen Lohn stundet und dieser im Gegenzug — entweder im eigenen oder fremden Laden — dem Lohnarbeiter Kredit auf lebensnotwendige Güter einräumt: „‚In vielen englischen Agrikulturdistrikten (aber noch mehr in schottischen) wird der Arbeitslohn vierzehntägig und selbst monatlich gezahlt. Mit diesen langen Zahlungsfristen muss der Agrikulturarbeiter seine Waren auf Kredit kaufen … Er hat höhere Preise zu zahlen und ist tatsächlich an die Boutique gebunden, die ihm pumpt‘“ [15]. Notwendig für diese Geldentstehung aus dem Gläubiger-Schuld-Verhältnis zwischen Grundbesitzer und freiem Arbeiter ist also nicht ein irgendwie akkumuliertes oder zirkulierendes Handelsmünzgeld. Auch bedarf es nicht vorab gelagerter Lebensmittel, um die Sache in Gang zu bringen. Erforderlich ist lediglich, dass bisher für die Subsistenz produzierte Lebensmittel zum Verkauf gelangen, also Ware werden.

Der Marx'sche Widerspruch zwischen den machtvollen Leuten mit viel Geld, die den freien Lohnarbeiter angeblich gewaltsam schaffen, und seinen „neuen“ Feudalherren des 16. Jahrhunderts, an denen er diese Schandtat festmacht, obwohl sie doch ohnmächtig das Geld als „Macht aller Mächte“ anerkennen müssen, lässt sich nun auflösen. Ihre ‚Geldgier‘ ist nicht das Kind einer rätselhaften „Zeit“, sondern der Hunger nach jenem Mittel, ohne welches sie nunmehr ihre Existenz nicht mehr sichern können, wollen sie nicht selber einfacher Bauer oder freier Lohnarbeiter werden. Das System, welches sie ‚geldgierig‘ macht, ist bereits der Agrarkapitalismus, in welchem sie entweder Löhne zu zahlen vermögen oder eben untergehen.

---

[12] Vgl. G. Heinsohn/O. Steiger: Der Ursprung des Geldes und die Entstehung von Geldwirtschaften in: Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie Nr. 20, Universität Bremen 1979, sowie G. Heinsohn, „Zur Rekonstruktion der Entstehung männlichen individuellen Produktionsmitteleigentums, der patriarchalischen Familie, der Geldwirtschaft und der Klassenteilung“, in Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie Nr. 24, Univ. Bremen 1979, S. 1-33

[13] K. Marx: Zur Kritik …, a. a. O., S. 46

[14] K. Marx: Das Kapital - Zweiter Band (1885), MEW 24, S. 39

[15] K. Marx: Das Kapital - Erster Band, a. a. O., S. 190

Die in der ‚Gier' zum Ausdruck kommende Existenzangst wird infolge des Bevölkerungsrückgangs um ca. 60 %[16], der im England des 14. und 15. Jahrhunderts zu verzeichnen ist, zudem dadurch verschärft — aber keineswegs hervorgerufen, dass die Grundbesitzer Lohnarbeiter nicht nur bezahlen, sondern erbittert um sie konkurrieren müssen. Wollen sie selbst überleben, müssen sie sich bei den Geldlöhnen dauernd überbieten und machen dadurch ihren Liquiditätsdruck bzw. die ‚Geldgier' zu einem Dauerzustand. „Vor allem waren es aber die Arbeitgeber, die aus Gewinnsucht den Arbeitern erhöhte Löhne bewilligten, sie einander, ja selbst dem König abspenstig machten"[17].

Der freie Lohnarbeiter, ein Mann ohne eigenen Boden und dennoch nicht in feudaler Abhängigkeit, ist also das Resultat einer militärischen Halbniederlage der Aristokratie in den frühneuzeitlichen Bauernkriegen, wie sie mit diesem Ergebnis nur der englische Adel[18] — und kein anderer — erleidet. Der durch die nicht erfolgreich niedergeschlagene Rebellion zustande gekommene „Verlust eines Leibeigenen kam ebenso einer Enterbung gleich wie der Verlust von Grund und Boden oder sonstigem Vermögen"[19]. Allerdings bieten Grund und Boden eine Sicherheit, auf die hin der Adel sich Lohnarbeiter ‚borgen' kann.

Eine historisch besondere Konstellation brachte also jenes System hervor, welches sich dann sehr schnell über die Erde verallgemeinerte, wenn auch an seinem englischen Ursprungspunkt — vergeblich — alles unternommen wurde, um diese Entwicklung zu verhindern: Obwohl die Könige und Parlamente Gesetze gegen hohe Arbeitslöhne (etwa 1389, 1406 und 1445) erließen, um wenigstens den verbliebenen echten Feudalherren die Existenz, d.h. die Leute zu erhalten, riss dieser Dauerzustand nunmehr unkriegerisch immer mehr Territorien und Menschen Englands in den Agrarkapitalismus[20] und ließ diesen aus demselben Grunde des Liquiditätsengpasses jenen ‚technischen' Fortschritt ersinnen, dessen erste auffällige Verkörperung die Verwandlung von Ackerland in Schafweide war. Mit dieser ersten wirklichen kapitalistischen Rationalisierung sollten die für Löhne notwendigen Geldvorschüsse (= Verschuldungen) verringert werden, ohne doch das zu verkaufende Produkt zu vermindern, weshalb Marx ganz zu Recht feststellt: „Im ‚kategorischen' Sinn ist der (agrikole — d. V.) Pächter ein industrieller Kapitalist so gut wieder Fabrikant"[21].

Durch diese sogenannte erste Einhegungsbewegung nach 1485 werden nun auch wirklich gewaltsam solche freien Bauern (etwa 7 000 zwischen 1485 und 1517)[22] vertrieben, wie sie Marx — allerdings lediglich während der letzten Phase dieser Vertreibung im 16. Jahrhundert — vor Augen hat.[23] Diese Einhegungsbewegung bedeutet die Anheuerung eines Minimums an Landarbeitern, was ein nicht wesentlich geringeres Produkt erzielt als beim Konkurrenten, der mehr Arbeiter in Geld zu entlohnen hat. Dieser Einsatz führt zum Übergang vom arbeits- und geräteintensiven Getreideanbau zur Schafzucht auf besten Böden mit relativ gut bezahlten, aber eben wenigen und zudem ausstattungsarmen mobilen Hirten. Die so erzeugte gute und billige Wolle lässt die englische Tuchproduktion zur Eroberung der Märkte Europas starten: „Dieser Übergang ist nicht notwendigerweise profitabler. Er bedeutet nur, dass weniger Geld für langfristige Projekte aufgebracht, d.h. weniger für Löhne und Saatgut veranschlagt werden muss. Es ist ein Übergang zu mehr Liquidität"[24].

Gleichwohl führt diese Form der Liquiditätsverbesserung zu einer höheren Produktivität und damit auch Profitabilität. Damit ist der moderne Kapitalismus in der Welt. Er entsteht nicht an den Orten überlegener handelskapitalistischer Aktivitäten wie etwa in Amsterdam und auch nicht in den entsprechenden Regionen Englands, sondern dort, wo der Krieg des Adels gegen die unfreien Bauern in der Konstellation ‚landloser freier Lohnarbeiter' auf der einen und ‚Grundeigentümer ohne unfreie Arbeiter' auf der anderen Seite ausgeht.

---

[16] Vgl. zum Bevölkerungsrückgang J. Hatcher: Plague, Population and the English Economy, London 1977, S. 71
[17] Vgl. J. Kulischer, a. a. O., 1, S. 143
[18] Vgl. zur klaren Erkenntnis dieser Ausnahmestellung Englands den amerikanischen Marxisten R. Brenner: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe, in Past and Present 1976, S. 30—75. Siehe auch die Reaktionen auf diesen Aufsatz in Past and Present 1978, S. 24-55, mit den Beiträgen von M. M. Postan & J. Hatcher, P. Croot & D. Parker sowie H. Wunder.
Brenner hat seine Überlegungen fortgeführt in den Beiträgen The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism, in New Left Review 1977, S. 25—92, sowie Dobb on the Transition from Feudalism to Capitalism, in Cambridge Journal of Economics 1978, S. 121-140
[19] R. Hilton: The Decline of Serfdom, a. a. O., S. 42
[20] Vgl. dazu ausführlich J. Kulischer, a. a. O., I, S. 1 14-145 und 11, S. 61 ff.
[21] K. Marx: Das Kapital - Erster Band, a. a. O., S. 777, FN 238 21a Vgl. J. Kulischer, a. a. O., II, S. 64
[22] Vgl. J. Kulischer, a. a. O., II, S. 64
[23] Vgl. K. Marx: Das Kapital - Erster Band, a. a. O., S. 746 ff.
[24] Vgl. E. J. Nell: Population, the Price Revolution and Primitive Accumulation, in Peasant Studies 1977, S. 35

III

Die gewaltige Akkumulation des Kapitalismus liegt keineswegs bereits „ursprünglich“ in seiner Wiege, sondern erwächst erst als Folge des ihm inhärenten Liquiditätsdruckes, aus dem sich die Kapitaleigner — über die Konkurrenz gezwungen — durch Rationalisierung vergeblich und deshalb rastlos zu befreien suchen.

Die großen Geldsummen, welche eine Marx folgende Forschung[25] aus Raub und Handel mit „ungleichem Austausch“ bis zum Jahre 1750 auf „mehr als eine Milliarde Goldpfund“ veranschlagt, haben mit der kapitalistischen Dynamik wenig zu tun. Zwar scheint es plausibel, ungefähr eben jene Milliarde im „Wert des gesamten Anlagekapitals in allen europäischen Industrieunternehmen um das Jahr 1800“ wiederzuerkennen und Marx so bestätigt zu sehen, die historische Forschung aber bestätigt unsere These, dass die ‚ursprünglich akkumulierten‘ Geldhaufen im Abseits der kapitalistischen Entwicklung Englands verbleiben:

> „Es zeigt sich, dass der gewerbliche Sektor der britischen Wirtschaft die eigene Umwandlung im Wesentlichen selbst finanziert hat […] Die relative Höhe der Kapitalbildung in Großbritannien [hat] seit Ende des 17. Jahrhunderts langsam und stetig zugenommen […] und [ist] dabei in etwa von 3 auf 5 % des Volkseinkommens gestiegen. Während der Jahre von 1783 bis 1802 wuchs sie schneller als vorher, jedoch […] höchstens um 1,5 % des Volkseinkommens, von dem sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts wohl ca. 7 % ausmachte […]. Erst 1830, mit Beginn des railway age, änderten sich Niveau und Struktur der Kapitalbildung radikal, die Kapitalbildung nahm radikal zu […]. Nach zeitgenössischen Schätzungen [soll] das in Maschinen investierte Kapital ganz zu Anfang des 19. Jahrhunderts 2 bis 2,5 %, gegen 1812 3,5 % und gegen 1832 4 % des britischen Volksvermögens ausgemacht haben.“[26]

Der — empirisch mithin leicht widerlegbaren Vorstellung, dass der Kapitalismus dort beginne, wo zuvor viel Geld akkumuliert wurde, entspricht bei marxistischen Autoren die Vorstellung, dass z.B. in Deutschland der Kapitalismus erst so spät auf die Beine kommen konnte, weil „es an großem Geldvermögen in einem mit England vergleichbaren Ausmaß in Deutschland fehlte“[27]. Rätselhaft muss solchen Autoren letztlich bleiben, wie er dann überhaupt entstehen konnte. Wir wissen jedoch, dass auch der deutsche Kapitalismus als Agrarkapitalismus einsetzte. Für die Entfaltung seiner Dynamik gilt prinzipiell das gleiche wie für England: Von dem Augenblick an, in dem durch staatliche Entscheidung Böden in die Hände der Bauern übergehen und damit allgemein verkaufbar werden und anschließend nunmehr freie Bauern durch Verschuldungsverlust ihres verkaufbaren Bodens zu freien Lohnarbeiter werden[28], sind jene Gläubiger-Schuldnerbeziehungen gegeben, in welchen der Grundbesitzer Kredit auf seinen Boden erhält, mit dem er wiederum Lohnarbeiter bezahlen kann. Dieser Kredit ist Geld[29] und drückt den Wert des Bodens aus. Der Boden braucht nicht ‚ursprünglich akkumuliert‘ zu werden. Dem entspricht die Entstehung — wie auch in der Antike — des Bankenwesens aus der Grundhypothek. Edle Metalle machen den Kredit lediglich besonders leicht handhabbar. Ihr Vorhandensein ohne die private Verkaufbarkeit von Grund und Boden kann jedoch die kapitalistische Dynamik nicht in Gang setzen. Wo diese zustande kommt, *kann* Gold und Silber als Geld verwendet werden. Der Kapitalismus funktioniert aber auch von Anfang an mit lediglich schriftlich vereinbarten Schuldanerkenntnissen.

Wo nun Gläubiger-Schuldnerverhältnisse in Edelmetall handhabbar gemacht werden und Banken davon eine beträchtliche Menge horten, wird dies, wie im marxistischen Argument nahegelegt, keineswegs eine besonders günstige Voraussetzung für den Übergang vom Agrarkapitalismus zum Industriekapitalismus mit seinen ungleich höheren Investitionen. Im Gegenteil, der Industriekapitalismus lässt auch deshalb so lange auf sich warten, weil die Gewissheit, dass ein Industriegewerbe, dessen Verlustrisiko nicht durch umfangreiche Ländereien gesichert ist, Gewinne abwerfen wird, nur sehr langsam wachsen kann. Die bereits für England gezeigte hohe Selbstfinanzierung der ersten Fabrikbetriebe, die eben nicht spielend leicht ‚ursprünglich akkumuliertes‘ Geld an sich zu ziehen vermochten, erklärt sich aus eben dieser Ungewissheit. Sie lässt sich auch für Deutschland bestätigen:

---

[25] Vgl. E. Mandel: Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt, in: Folgen einer Theorie — Essays über „Das Kapital“ von Karl Marx, Frankfurt/M. 1967, S. 74 u. 77

[26] F. Crouzet: Die Kapitalbildung in Großbritannien während der industriellen Revolution (1965), in: R. Braun, W. Fischer, H. Großkreutz, H. Volkmann (Hg.): Industrielle Revolution, Köln-Berlin 1972, S. 198 f.

[27] Vgl. H. Mottek: Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in H. Mottek (Hg.): Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (DDR), 1960, S. 31

[28] Vgl. hierzu für Preußen das Edikt aus dem Jahre 1811 „über die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse und die freie Benutzung des Grundeigenthums“.

[29] Vgl. zur Entstehung des Geldes aus dem verkaufbaren individuellen Grundeigentum G. Heinsohn/O. Steiger, a. a. O.

> „Ob auch Fabriken durch die Bank mit größeren Geldvorschüssen unterstützt werden dürfen und sollen, ist eine Frage, die noch großer Erörterung erheischt. Fabriken sind mehr als kein anderes Handlungsgeschäft, selbst im Augenblick des am günstigsten scheinenden Zeitpunktes, großen möglichen Gefahren ausgesetzt, und Realitäten einer ins Stocken geratenen Fabrik, hätten solche auch noch soviel gekostet, fast nichts mehr *werth.*“[30]

IV

Wir sehen also, dass Wert, der durch Geld, also durch eine gegen jedermann, der etwas verkauft, präsentierbare Forderung, handhabbar gemacht wird, aus Verkaufbarkeit — zuerst von Land und Arbeitskraft — resultiert. Damit ist zugleich festgestellt, dass die Dynamik einer Geldwirtschaft verschwindet, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln bzw. an der eigenen Arbeitskraft politisch — etwa durch Revolution — beseitigt wird.

Die Forderung nach Beseitigung des Privateigentums ergibt sich bei den Sozialdemokraten des 19. und den Kommunisten des 20. Jahrhunderts nicht aus dem Wunsch, der ihm verbundenen ungeheuren Produktivkraftentwicklung den Garaus zu machen, sondern aus der Absicht, die ihm eigene Anarchie, Planlosigkeit und Krisenhaftigkeit abzuwerfen. Lediglich der beträchtliche Reibungsverlust des Kapitalismus mit all seinem Elend für die Lohnarbeiter, die Vergeudung und Vernichtung von Reichtum in Krisen sollten überwunden, die vorgefundene Dynamik dagegen nicht bloß erhalten, sondern überhaupt erst entfesselt werden.

Worauf beruht nun die Überzeugung, dass nach Beseitigung des Privateigentums die mit ihm in die Welt gekommene Entwicklungsdynamik dennoch erhalten werden könne? Bereits im Kommunistischen Manifest wird auf diese Frage eine Antwort gegeben:

> „Kapitalist sein, heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht. Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter“. [31]

Hier wird also konstatiert, dass Enteignung des Kapitals im Prinzip nichts anderes bedeute als die Fortsetzung dessen, was ohnehin jeder Kapitalist mit seinesgleichen anstelle: Diese Enteignung „vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot“[32]. Diese Wortwahl bedeutet nun mehr als ein Wortspiel, sie verfälscht die Wirklichkeit: Der Kapitalist darf seinen Konkurrenten eben gerade nicht totschlagen, sondern kann dessen Bankrott im Normalfall nur durch die Erlangung überlegener Produktivität erreichen. Macht sich nun eine kollektivistische Partei daran, alle Kapitalisten tatsächlich totzuschlagen, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats […] zu zentralisieren“[33], dann fährt sie eben nicht fort mit dem Prinzip der kapitalistischen Vergesellschaftung. Sie verändert nicht lediglich seinen Charakter, sondern zerstört es.

Würde hingegen die Konkurrenz nicht mehr allein von Individualkapitalisten, die Lohnarbeiter ausbeuten, sondern auch von Produktivgenossenschaften bestritten, dann würde das produktivitätsfördernde Element des Privateigentums erhalten bleiben. Nunmehr würde die „Expropriation der Expropriateure“ tatsächlich als Bankrottkonkurrieren von Ausbeuterbetrieben durch Genossenschaften erfolgen. Diese Genossenschaften bildeten ein privates Eigentümerkollektiv. Durch Beseitigung der Reibungsverluste, die im Ausbeuterbetrieb aus der notwendigen Drückebergerei der Lohnarbeiter resultieren, könnten sie sich gegenüber diesen Betrieben einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Individualkapitalisten müssten weder totgeschlagen noch verjagt werden. Die ökonomische Dynamik des Privateigentums wäre nicht durch politische Gewaltakte einer Revolution zerstört — ,,durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen“[34], wie selbst die Verfasser des Kommunistischen Manifestes bereits ahnten.

---

[30] Vgl. zu diesem Argument des Jahres 1819 aus dem Munde des bayerischen Ständeabgeordneten Schäzler zur Kreditvergaberegelung der Bayerischen Nationalbank die Verhandlungen der Stände des Königreiches Bayern im Jahre 1819, 10, S. 427 f.
[31] K. Marx/E. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848, 1890[4]), Berlin 1967, S. 59 f.
[32] K. Marx: Das Kapital - Erster Band, a. a. O., S. 790
[33] K. Marx/F. Engels, a. a. O., S. 66
[34] ibid., S. 67

Anstatt also das Privateigentum vom Skandal der individuellen Aneignung, d.h. von der Lohnarbeit zu befreien und damit seine so hoch geschätzte Dynamik zu erhalten, anstatt also Produktivgenossenschaften die Ausbeuterbetriebe im Wettbewerb besiegen zu lassen, bis schließlich die gesamte Gesellschaft nur noch aus Genossenschaften besteht, wird durch die gewaltsame Überführung keineswegs bereits bankrotter Ausbeuterbetriebe in die „Hände des Staates" der Sitz der Krankheit, also das durch individuelle Aneignung verzerrte Privateigentum, mit der Ursache der Krankheit verwechselt: „Es ist das gerade ein so ungeheuerlicher Fehlschluss, als wenn ein Arzt als Ursache der Schwindsucht die Lunge ansehen wollte. Und gerade so, wie einem solchen Dr. Eisenbarth als einzige radikale Therapie die Exstirpation der Lunge erscheinen müsste, gerade so kommen die Sozialdemokraten zu ihrer Forderung der Exstirpation des Privateigentums an den Produktionsmitteln."[35]

V

Wenn nun eine solche politische Revolution geschehen ist, die Lohnarbeiter also nicht zu genossenschaftlichen Betriebseigentümern, sondern die ehemaligen Betriebe vieler Kapitalisten zu solchen eines einzigen Staates geworden sind, zeigt die Erfahrung schnell und bitter, dass die ehemalige Produktivitätsdynamik nicht mehr aufrechterhalten, sondern nur noch gewünscht, gefordert, beschworen oder wie ein Wunder erwartet werden kann. Welcher Fehler der Marx'schen Analyse ist dafür verantwortlich, dass dieser inzwischen doch so häufig beobachtete Gang der Ereignisse die sozialistischen Theoretiker immer wieder überrascht? Warum kann denn nicht einfach die ‚hinter dem Rücken' der einzelnen Agenten des Kapitalismus sich vollziehende Entwicklungsdynamik gewissermaßen vor die Brust genommen und im vollen Bewusstsein zum Segen aller durch eine zentrale Planungsinstanz auf höherem Niveau weiter genutzt werden?

Diese Vorstellung vom ‚Ende der Vorgeschichte' beruht auf der gesellschaftlichen Anwendung der einzelwirtschaftlichen Rationalität, die jeder Kapitalist verfolgen muss, gleichwohl aber nicht so im Griff hat, dass im Ganzen Verschwendung und Zerstörung von Reichtum vermieden wird:

> „Die bei der Teilung der Arbeit im Innern der Werkstatt a priori und planmäßig befolgte Regel wirkt bei der Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft nur a posteriori als innere, stumme, im Barometerwechsel der Marktpreise wahrnehmbare, die regellose Willkür der Warenproduzenten überwältigende Naturnotwendigkeit […]. Während die kapitalistische Produktion in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte."[36]

Die politische Folgerung Marxens erscheint dann nur konsequent:

> ,,Nur wo die Produktion unter wirklicher vorherbestimmender Kontrolle der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang des durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses."[37]

Die Schwäche dieser Argumentation besteht darin, dass wir im ,,a priori" des geplanten Vorgehens im einzelnen Betrieb gerade kein vorabgewusstes richtiges Handeln am Werke sehen, sondern lediglich eines, das sich nur im Nachhinein als rational bzw. vergeblich bestimmen lässt. Das a priori folgt immer bereits den vom Konkurrenten aufgezwungenen technischen Parametern. Wer hinter diesen zurückgeblieben ist, plant fürs eigene Überleben — ihr Einholen bzw. Übertreffen. Existiert dieser andere mit seinen konkurrenzüberlegenen Vorgaben nicht, gibt es auch keinen Maßstab für die jeweils optimale Entwicklung mehr. Funktioniert nach der politischen Enteignung der Staat wie ein Superbetrieb, verfügt er deshalb über keinen Maßstab, an dem er die kostengünstigste Weiterentwicklung zu erkennen vermag.

---

[35] Vgl. F. Oppenheimer: Die Siedlungsgenossenschaft — Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus, Leipzig 1896, S. 10
[36] K. Marx: Das Kapital - Erster Band, a. a. O., S. 377 und 552
[37] K. Marx: Das Kapital - Dritter Band, a. a. O.. S. 197

Bereits im Jahre 1908 hatte Enrico Barone in seinem berühmten Aufsatz „Das Ministerium für Produktion und der kollektive Staat" sich mit dieser Frage nach einem Maßstab für die kostengünstigste Produktion, deren Nichtfinden ja Raub an der disponiblen Zeit des Volkes bedeutet, befasst. Er konnte zeigen, dass die Bedingungen für ein ökonomisches Gleichgewicht in einer sozialistischen Wirtschaft durchaus durch ein System simultaner Gleichungen (à la Walras) ausgedrückt werden können. Die Preise, die sich aus diesen Gleichungen ergeben, stellen dann die Basis für eine rationale ökonomische Kalkulation im Sozialismus dar. Er kam zu dem Schluss, dass die Produktion in einem solchen System unter dem Ziel einer gesamtgesellschaftlichen maximalen Wohlfahrt (à la Pareto) so organisiert werden müsste, dass (a) die Produktionskosten minimiert und (b) die Preise der produzierten Güter ihren Produktionskosten entsprechen.

Barone sah, dass das Gleichungssystem dieses ökonomischen Gleichgewichts kein anderes ist als das einer privatkapitalistischen Wirtschaft mit freiem Wettbewerb. Er wandte sich mit dieser Analyse insbesondere gegen antisozialistische Behauptungen, dass die gigantische Arbeit der Aufstellung eines solchen Gleichungssystems durch Planungsbehörden unmöglich sei. Er betonte jedoch, dass die Bestimmung dieses sozialistischen Gleichgewichts a priori unmöglich ist:[38]

> „Zur Lösung des Problems reicht es nicht, dass das Produktionsministerium das Gleichungssystem für das Gleichgewicht […] des kollektiven Maximums aufstellt. Diese Gleichungen können notwendigerweise nämlich erst *im Nachhinein gelöst* werden. Und genau darin besteht das Problem." Das Problem ergibt sich also daraus, dass es „grundsätzlich *unvorstellbar* ist, die ökonomische Bestimmung der technischen Koeffizienten [Input-Output-Relation] *a priori,* in einer Weise durchzuführen, dass sie der Bedingung der Kostenminimierung genügen".

Wenn also im zentralen Branchenlaboratorium des sozialistischen Staates eine technische Neuerung entwickelt und dann in die Produktion umgesetzt wird, so kann er auf diese Weise zwar eine kostengünstigere Produktion als zuvor aufnehmen. Er weiß aber nicht, ob es die wirklich mögliche kostengünstigste überhaupt ist, weil diese nur im Vergleich ermittelt wird. Die Aussage ‚kostengünstiger' ist sinnvoller nur als eine Vergleichsaussage. Der Vergleich soll aber als Verschwendung von Ressourcen durch Mehrfachentwicklungen gerade ausgeschaltet werden. Will der Staat jedoch mit derselben Wahrscheinlichkeit wie die Konkurrenz der vielen Privateigentümer die kostengünstigste Variante finden, muss er auch ebenso viele Experimente veranlassen, wie sie diese in Konkurrenz miteinander veranstalten. Begibt er sich dieser Möglichkeit, so beraubt er die Arbeiter der schnellstmöglichen Verringerung notwendiger Arbeitszeit, die doch sein Programm ist. Will er also mit derselben Wahrscheinlichkeit wie in der vorangehenden Epoche, die durch Revolution abgebrochen wurde, kostengünstigere Lösungen der Produktion finden, „muss er *notwendigerweise* Experimente im großen Umfang zulassen, um im *Nachhinein* entscheiden zu können, welches die geeignetste Produktionsgestaltung erbracht hat. Dann kann er entscheiden, welche zur kostengünstigsten Erzielung des kollektiven Maximums beibehalten und ausgebaut bzw. welche … als Fehlschlag auszuscheiden ist."[39] Eben diese notwendigen Experimente im großen Stil würden sich aber nicht mehr grundsätzlich von der beklagten ‚anarchischen' Produktion auf Basis des Privateigentums unterscheiden.

Die durchaus mögliche Beseitigung der Anarchie [= keine ‚überflüssigen' Experimente] privatwirtschaftlicher Produktion durch den Staat hat notwendigerweise ihren Preis in einer relativen Fesselung der Produktivkräfte. Hätte sich mithin die Oktoberrevolution von 1917 zur Weltrevolution ausdehnen können, wäre diese Stagnation heute noch ungleich deutlicher als ohnehin erkennbar. Durch die fortwährende Orientierung am — kapitalistischen — „Weltniveau" benutzt der sozialistische Staat alle Experimente der Privatwirtschaft für das Auffinden der kostengünstigsten technischen Variablen mit. Haben sich diese in der Konkurrenz der Entwicklungsabteilungen privatwirtschaftlicher Produktionen herausgestellt, kann der sozialistische Staat mit einer gewissen Verzögerung ihre Nachahmung befehlen. Die Flexibilität seiner Bürokratie — ein Instrument der Produktivkraftfesselung, auf das wir hier nicht eingehen — entscheidet dann darüber, wie viele Jahre der Sozialismus den kostengünstigsten Produktionsvarianten der Privateigentumswirtschaft hinterherhinkt. Die Fortexistenz des Kapitalismus erweist sich mithin für das sozialistische Ziel der Minimierung notwendiger Arbeit für alle Menschen eben nicht als Schranke, die etwa besonders hohe Ausgaben für Verteidigung erforderlich mache, sondern im Gegenteil als sein eindeutig wichtigster Stimulus.

[38] E. Barone: The Ministry of Production and the Collectivist State (1908), in A. Nove und D. M. Nuti (Hg.): Socialist Economics, Penguin Books 1972, S. 71

[39] ibid., S. 72 f.

Als ein Beleg dafür, dass die marxistischen Führer der russischen Revolution tatsächlich davon überzeugt waren, die Produktivkräfte auch des fortgeschrittensten Kapitalismus ihrer Zeit bald hinter sich zu lassen, also auch unter Experten keineswegs augenzwinkernd ihre offizielle Doktrin als Unsinn zur Irreführung der Massen kommentierten, sei John Maynard Keynes' Bericht über seine Reise aus dem Jahre 1925 in die UdSSR zitiert:

> „Nach einer langen Debatte mit Sinowjew [Präsident des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale] traten zwei seiner engsten Genossen vor, um mir mit der Gewissheit des Fanatikers in den Augen ein abschließendes Wort zu sagen: ‚Wir prophezeien Ihnen', sprachen sie zu mir, ‚in zehn Jahren wird der Lebensstandard in Russland höher sein als vor dem Krieg [1913], während er im übrigen Europa niedriger sein wird'."[40]

Keynes selbst, der den Kapitalismus als „extrem fragwürdig" einschätzte, hat diesen Fanatismus, der von Produktivkraftentwicklung redet, aber im Grunde etwas anderes meint, als eine Vermengung von Theoriebildung und moralischer Empörung bezeichnet, die notwendigerweise „zur Unklarheit der Sprache" führe: „Viele Menschen, die den Kapitalismus in Wirklichkeit als Lebensform verabscheuen, argumentieren aber so, als ob sie seine Ineffizienz bei der Erreichung seiner ökonomischen Ziele für verwerflich halten."[41]

VI

Der irrigen Vorstellung, die Ersetzung der konkurrierenden Innovationsaktivitäten privater Wirtschaft durch zentral geplante Branchenlaboratorien des Staates entfessele die Produktivkräfte, entspricht die Vorstellung von Karl Marx, dass dem Staatssozialismus auch deshalb die Produktivkraftentfesselung gelinge, weil er mit der kapitalistischen Zurückhaltung modernster, aber noch nicht profitabler Technik endlich Schluss mache:

> „Für das Kapital also gilt das Gesetz der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit nicht unbedingt. Für das Kapital wird diese Produktivkraft gesteigert, nicht wenn überhaupt an der lebendigen Arbeit, sondern nur wenn an dem bezahlten Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vergangener Arbeit zugesetzt wird […]. Hier fällt die kapitalistische Produktionsweise in einen neuen Widerspruch. Ihr historischer Beruf ist die rücksichtslose, in geometrischer Progressive vorangetriebene Entfaltung der Produktivität der menschlichen Arbeit. Diesem Beruf wird sie untreu, sobald sie, wie hier, der Entfaltung der Produktivität hemmend entgegentritt. Sie beweist damit nur aufs Neue, dass sie altersschwach wird und sich mehr und mehr überlebt. […]. In einer kommunistischen Gesellschaft hätte daher die Maschinerie einen ganz anderen Spielraum als in der bürgerlichen Gesellschaft."[42]

Beim Zurückhalten von technischen Neuerungen handelt es sich gewiss um ein unbestreitbares Kennzeichen kapitalistischer Ökonomie. Allerdings gibt es diese technischen Neuerungen nur als *ihr* Ergebnis. Ein sozialistischer Staat kann zwar kurz nach der Revolution — unter Vernachlässigung der Kostenfrage — solche zurückgehaltenen Neuerungen sehr schnell einführen und somit stolz ‚beweisen', dass er tatsächlich Produktivkraft entfesselt habe. Er wuchert dabei aber nur mit einem Pfunde der Vergangenheit. In seinem Branchenlaboratorium fällt anschließend — aus den zuvor entwickelten Gründen — eine vergleichbare technische Neuerung bestenfalls per Zufall an. Er erkennt also die erst nachrevolutionär eingeführte Neuerung als technisch überlegen nur deshalb, weil die vielen geringer entwickelten Technologien als Maßstab dienen können. Im nächsten Schritt der nachrevolutionären Gesellschaft verschwindet aber diese ‚verschwenderische' Vielfalt, so dass der Staat von neuem vor der Unmöglichkeit steht, a priori kostengünstigste Technologien bestimmen zu müssen. Aus diesem Dilemma findet der sozialistische Staat auch durch die beschwörende Wiederholung Marx'scher Sentenzen[43] nicht heraus:

> „Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz."[44]

---

[40] J. M. Keynes: A Short View of Russia (1925), in: J. M. Keynes: Essays in Persuasion (1931), Collected Writings Bd. IX, London 1972, S. 266
[41] Vgl. J. M. Keynes: The End of Laissez-Faire (1926), in Ders.; Essays in Persuasion, a. a. O., S. 293 f.
[42] K. Marx: Das Kapital - Dritter Band, a. a. O., S. 272 f. und K. Marx: Das Kapital - Erster Band, a. a. O., S. 414 FN 116a
[43] Vgl. etwa Lehrbuch Politische Ökonomie - Sozialismus (Moskau 1970), Berlin (DDR) 1972, S. 202
[44] K. Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (1857, 1858), Berlin 1953, S. 89

Selbstverständlich kann ‚nach dem Ende der Vorgeschichte' der Staat politisch ein solches Gesetz dekretieren. Wiederum aber stehen ihm die Parameter für die Entscheidung über die wirklich am meisten Arbeitszeit sparenden Technologien nicht zur Verfügung. So verwundert es nicht, wenn etwa der Wirtschaftswissenschaftler János Kornai, Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften und (1978) Präsident der Econometric Society, in seinem Buch „Anti-Equilibrium", lange Standardwerk über die Produktionsweise des real existierenden Sozialismus, zu dessen technologischen Errungenschaften feststellen muss:

> „Die schwerwiegendste Folge … ist die fast vollkommene Abwesenheit revolutionärer Neuerungen in der Produktionsentwicklung […]. Offensichtlich gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Entwicklungsgrad eines Landes und der Häufigkeit, mit der revolutionäre Pionierleistungen in die Produktion eingebracht werden. Dennoch — beim Vergleich sozialistischer Wirtschaften mit gleich entwickelten kapitalistischen[45] […] muss konstatiert werden, dass — mit der Ausnahme einiger weniger Vorstöße — kein sozialistisches Land [zwischen 1920 und 1970] [46] unter denjenigen zu finden ist, die revolutionäre neue Produkte zuerst eingeführt haben."[47]

Wir erinnern uns aber: Der Kapitalist ist an technischen Neuerungen tatsächlich ausschließlich geschäftlich, d.h. zur Geldvermehrung interessiert. Es geht ihm lediglich darum, in einem Geschäft zu bleiben, d.h. die aus diesem an ihn gelangenden Geldforderungen zu reduzieren. Das bedeutet wiederum nichts anderes, als permanent ein Niveau unaufholbarer Schulden zu vermeiden, d.h. vom Liquiditätsdruck nicht stranguliert zu werden. Dieser Mechanismus reicht offensichtlich aus, um eben die revolutionären Neuerungen, die — wie wir in Kapitel II gezeigt haben — mit der Verwandlung von Ackerland in Schafweide begonnen haben, hervorzutreiben. Nicht also eine umwälzende Technik oder ein bisher nicht dagewesenes Produkt interessiert im Kapitalismus an einer Neuerung, sondern ihre Geschäftsgängigkeit. Ebenso wie die erste kapitalistische Rationalisierung deshalb ersonnen wurde, um Geldaufwendungen für freie und knappe Arbeiter zu vermindern, wird auch bis heute im Kapitalismus nur aus diesem Interesse gewirtschaftet. Die Mindestbedingung für die Aufnahme eines Geschäfts besteht also in der *Erwartung,* wenigstens das vorgeschossene Geld wieder herauszubekommen. Dieses Geschäft wird zur Aufnahme einer Produktion, die als solche überhaupt nicht interessiert, nur führen, wenn erwartet wird, dass alle anderen möglichen Aggregatzustände von Geld weniger erbringen.[48] Der Kapitalist hört mit der Produktion auf, wenn er erwartet, dass sein Geld in einem anderen Aggregatzustand schneller zunimmt, dass seine Gläubigerposition gestärkt wird.

Eben dieser Wechsel zwischen verschiedenen Aggregatzuständen des Geldes (bares allgemeines Zahlungsmittel, Produktionsanlagen, technische Neuerungen, Arbeitskräfte, Immobilien, Wertpapiere, Gemälde, Edelmetalle etc. etc.), d.h. zwischen erwarteten Liquiditätsvorteilen, erzeugt das anarchische Element der kapitalistischen Wirtschaft: Produktion ist nicht ihr erster Zweck, d.h. permanente Arbeitslosigkeit ist nicht sicher ausschließbar.

---

[45] In Anti-Equilibrium, Amsterdam-London 1971, verwendet J. Kornai für die Wirtschaftssysteme des Kapitalismus und des Sozialismus die Termini suction bzw. pressure economics. In jüngeren Arbeiten verwendet er stattdessen die Begriffe „ressourcenbegrenzte" und „nachfragebegrenzte" Systeme. Vgl. dazu J. Kornai: Resource-Constrained versus Demand-Constrained Systems, in Econometrica 1979, S. 801—819, sowie Economics of Shortage, Amsterdam 1980, 2 Bd.

[46] Vgl. J. Kornai: Anti-Equilibrium, a. a. O., Kapitel 20, in welchem eine Liste (Table 20.3) der Herkunftsländer aller wichtigen Neuerungen in allen bedeutenden Branchen zusammengestellt ist.

[47] ibid., S. 287 f.

[48] Das Desinteresse eines Kapitalisten an Produktion per se ist in der herrschenden neoklassischen ökonomischen Theorie bis auf den heutigen Tag nicht zureichend erkannt worden. Lediglich J. M. Keynes hat diesen Punkt — und dabei Marxens Formel G-W-G' durchaus Referenz erweisend (S. 81) — ins Zentrum seiner erst in jüngster Zeit rekonstruierten monetären Produktionstheorie gestellt: „Die klassische Theorie [bei Keynes immer: die Tradition von Ricardo bis Marshall und Pigou] nimmt an …, dass ihn [den Kapitalisten] nur die Erwartung eines größeren Produkts veranlassen wird, mehr Arbeitsplätze anzubieten. Aber in einer kapitalistischen Wirtschaft ist dies eine falsche Analyse des ihr eigentümlichen Geschäftemachens. Ein Kapitalist ist nicht an der Menge des Produkts, sondern an der Menge des Geldes interessiert, das nach seiner Erwartung für ihn abfällt. Er wird seinen Output nur vergrößern, wenn er erwarten kann, dass sein Geldprofit steigt, selbst wenn dieser Profit eine geringere Produktmenge repräsentiert als vorher". Vgl. J.M. Keynes: The Distinction between a Co-Operative and an Entrepreneur Economy (1933) in D. Moggridge (Hg.): The General Theory and After - A Supplement, Collected Writings of J. M. Keynes, Bd. 29, London 1979, S. 82. Für den neuesten Stand der Weiterführung dieses Ansatzes von Keynes vgl. die Beiträge von J. A. Kregel und H. P. Minsky in dem Symposium: Market Mechanisms in Post Keynesian Economics, in: Journal of Post Keynesian Economics, Jg. 3, 1980, S. 19—48

Geld verlässt also zeitweilig den Aggregatzustand Arbeitskraft, in welchem es aufs Ganze gesehen seine eigentliche Vermehrung nur durchmachen kann. Jedoch nicht diese Geldvermehrung im Aggregatzustand Arbeitskraft führt in erster Linie zur Empörung. Sie ist für den Arbeiter auch niemals das Geheimnis gewesen, dessen Aufdeckung Friedrich Engels seinem toten Freund Marx noch am Grabe als die einzig wichtige wissenschaftliche Entdeckung nachrief. Empörung erregt das ‚Sichnichtverwandeln' von Geld in den Aggregatzustand Arbeitskraft. Es bedeutet für die Arbeiter Einkommenslosigkeit, also Lebensbedrohung, und zieht deshalb soziale Bewegungen nach sich. Münden diese z.B. in eine Arbeitslosenversicherung - bei den Gewerkschaften oder beim Staat —, dann bleibt die Dynamik des Privateigentums erhalten. Es bleiben aber auch die Missmut immer wieder provozierenden Reichen.

Der Ärger über die Reichen und auch über den eigenen Lohnarbeiterstatus scheint aber viel leichter geschluckt zu werden als die Anforderungen eines Lebens und Arbeitens in freien Assoziationen unmittelbarer Produzenten. Solche Genossenschaften hatte schon Marx im September 1864 begeistert gepriesen, ohne doch überzeugend klarmachen zu können, warum er ihre Vermehrung nicht entschieden verlangte:

> „Durch die Tat, statt durch Argumente, bewiesen sie, dass Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von Meistern (masters), die eine Klasse von „Münden" anwendet; dass um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst, und dass wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenenarbeit, so Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet."[49]

Diese Aussage ist bis heute von Genossenschaften glänzend bestätigt worden. Die Kibbutzim etwa im Territorium der Republik Israel betreiben die produktivste Landwirtschaft der Erde und verfügen zugleich über kaum weniger überzeugende Industrie- und Dienstleistungssektoren: „Der Kibbutz als kollektiv betriebene Produktionseinheit hat bewiesen, dass er nicht schlechter — um es eher untertreibend zu formulieren — abgeschnitten hat als seine Konkurrenten auf dem Markt. Das gilt sowohl für seine Produktivität als auch für seine Akkumulationsfähigkeit."[50]

Auf die Frage, warum diese freiwilligen, reichen und von der Entfremdung zwischen Lohnarbeiter und Kapitaleigner befreiten Genossenschaften — programmatisch ja immer noch das Endziel vieler kommunistischer und sozialistischer Organisationen — bereits zur Zeit Marxens und bis heute so selten betrieben werden, obwohl gerade sie, anders als gewaltsame Enteignungen, nicht strafrechtlich verfolgt werden, soll hier nur mit dem Hinweis auf — nicht eingestandene — Vorteile der Entfremdung, auf die auch Marxisten nur ungern verzichten, geantwortet werden.[51] Anzumerken ist für unsere ökonomische Betrachtung lediglich, dass die Genossenschaftler — als kollektive Privateigentümer — die Dynamik einer Geldwirtschaft festhalten, ohne durch den Skandal der Trennung in Reiche und Arbeitslose gekennzeichnet zu sein. Das Problem geringerer Erträge, welche beim Kapitalisten zur Arbeitslosigkeit der Ausgebeuteten führt, kann die Genossenschaft dadurch lösen, dass in ihr alle gemeinsam den ‚Gürtel enger schnallen' — eine Parole, die, von einem Unternehmer vorgetragen, selbstverständlich immer verlogen bleiben muss. So kann es zwar Vermögensunterschiede zwischen den Privateigentumskollektiven geben, aus deren Beseitigung eben die fortdauernde Dynamik der Geldwirtschaft resultiert, es kann aber nicht geschehen, dass ein Genosse auf Hungerrationen gesetzt wird, während *seine* Mitgenossen prassen.

Haben die Arbeitslosenversicherung und die Genossenschaftsökonomie gemeinsam, dass sie den Skandal der Einkommenslosigkeit durch Arbeitslosigkeit in einer Weise überwinden, die Privateigentum, Geldwirtschaft also, am Leben erhält, so führt die Beseitigung von Einkommenslosigkeit durch die Abschaffung des Privateigentums zu einer ganz anderen sozialen Struktur, die zwar ebenfalls die alte Dynamik gerne zur Verfügung haben möchte, allerdings ganz woanders landet.

---

[49] Vgl. K. Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation vom 28.9.1864, in: MEW, Bd. 16, S. 11 f.

[50] Vgl. die durch Simon Kuznets entscheidend beeinflusste Arbeit von H. Barkai: Growth Patters of the Kibbutz Economy, Amsterdam 1977, S. VIII

[51] Vgl. zur Erklärung der höchst widersprüchlichen Aussagen Marxens und des Marxismus zur Genossenschaft sowie zu den Schwierigkeiten eines unentfremdeten Lebens G. Heinsohn: Wer will eigentlich Sozialismus?, in: Freibeuter, Heft 7, 1981, S. 81-92

VII

Das entscheidende Ärgernis für den Arbeiter in der revolutionär bekämpften Gesellschaft besteht also, erstens, in seiner — zum Kapitalisten — relativen Armut. Sie kann daher durchaus weit über seinem Existenzminimum liegen. Im Kapitalismus Westeuropas beispielsweise stieg das durchschnittliche reale Bruttosozialprodukt per capita von 1830 bis 1975 um mehr als das Zwanzigfache. Setzt man für die Zeit 1899/1901 den Index mit 100 fest, dann lag es 1830 bei 30, benötigte also für die Verdreifachung etwa 70 Jahre. 1937 lag der Index bei knapp 200. Zwischen 1947, als das Vorkriegsniveau von 1937 wieder erreicht war, und 1974 stieg der Index von 200 auf ca. 660, erlebte also mehr als eine Verdreifachung in gut 25 Jahren.[52] Im Verhältnis zum Kapitalisten ist dabei der Lohnarbeiter selbstverständlich immer ‚arm' geblieben.

Das zweite entscheidende Ärgernis entsteht aus der *Unsicherheit,* die selbst das arme Lohnarbeiterleben nicht einmal als ein stetiges zu führen erlaubt. Die Situation des Kapitalisten hingegen ist dadurch gekennzeichnet, dass er — relativ zum Arbeiter — reich ist, was als ein zu beseitigendes Ärgernis im Programm der Revolution steht. *Seine* Unsicherheit — auf welche die ökonomische Analyse sich konzentrieren muss, deren Hervorhebung als eine zu beklagende Not allerdings zu Recht als Zynismus zurückzuweisen ist — besteht darin, dass seine Schulden, d.h. Geldforderungen an ihn, so hoch steigen, dass er sein Privateigentum als Instrument weiterer Geldmacherei verliert.

Beseitigt nun die Revolution das Privateigentum, kann die Freude darüber groß sein, dass nun Arbeitslosigkeit erzeugende Krisen, also die *Unsicherheit der Lohnarbeiter,* überwunden sind. *Ein* Programmpunkt der sozialen Bewegung erweist sich dann als eingelöst. In diese Freude mischt sich die Befriedigung darüber, dass endlich die ‚Geldsäcke' ihre ‚gerechte Strafe' erhalten haben. Allerdings wird durch die Enteignung dem Kapitalisten nicht allein sein aufsehenerregender, weil denkbar komfortabler Wohlstand, sondern auch seine — bei allem Konsumtionsreichtum — permanente *geschäftliche* Unsicherheit genommen. Sie aber erzeugte die schnelle Produktivkraftentwicklung als begehrtes Abfallprodukt. Und aus ihrer dialektisch aufzuhebenden, also festzuhaltenden Dynamik sollte ja die Forderung nach Abschaffung der Armut des Lohnarbeiters erfüllt werden. Der Hauptpunkt *zwei* der sozialen Bewegung kann mithin nicht eingelöst werden. Die Unsicherheit, d.h. die zeitweilige Einkommenslosigkeit verschwindet, aber die relative Armut wächst.

Mit dem Privateigentum sind ja auch die Gläubiger-Schuldner-Beziehungen - also das Geld, welches sie handhabbar macht — auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet. Die neue Gesellschaft ist keine Geldwirtschaft mehr; und zwar in dem durchaus fatalen Sinne, dass im Produktionssektor tatsächlich „Geld keine Rolle mehr spielt"[53].

Mit der Unanständigkeit der Geldmacherei versinken ihre auch von der antikapitalistischen Bewegung durchaus hochgeschätzten Nebenaffekte ebenfalls in der Vorgeschichte. Aber noch etwas verschwindet: der *freie* Lohnarbeiter. Der Arbeiter verliert — wiederum ökonomisch, nicht moralisch gesehen — das Privateigentum an seiner Arbeitskraft und damit natürlich auch das Instrument, das den Kapitalisten, neben der Marktkonkurrenz, am härtesten zwang, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Der Arbeiter verliert also konsequenterweise die *freie Gewerkschaft.*

[52] Vgl. P. Bairoch: Europe's Gross National Product 1800-1975, in: The Journal of European Economic History 1976, Nr. 2, S. 31. Bairoch zeigt, dass zwischen 1947 und 1975 das Bruttosozialprodukt genauso stark wuchs wie in der 150-jährigen Geschichte des Kapitalismus davor. Ungefähr in diesem Zeitraum (also 1950-1980) wuchs in der BRD das Geldvermögen je Einwohner von 1 200 DM auf 23 000 DM und das Einkommen je Einwohner von 3 490 DM auf 15 400 DM - beides nach der Kaufkraft von 1980. Vgl. Globus, Graphik 3733, Dezember 1980. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn in dieser Periode ein führender DDR-Wirtschaftswissenschaftler schreibt: „Die kapitalistische Produktionsweise ist heute — für jedermann sichtbar — altersschwach geworden und überlebt!" Vgl. F. Behrens: Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung und Rentabilität, Berlin (DDR) 1955, S. 21

[53] Vgl. R. Bahro: Die Alternative — Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977, S. 188. Bahro betont die Folgen dieses Umstands, erklärt sie jedoch nicht, wenn er die unstrittige Trägheit der Produktion als Ausfluss „subjektivistischer Extratouren" eines „bürokratischen Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit" einstuft.

Mit der Unanständigkeit der Ausbeutung entfällt auch die an sie geknüpfte — ökonomisch — sehr ‚anständige' Not zur Entwicklung der Produktivkraft. Deshalb ist nicht weniger, aber eben auch nicht mehr als die nun tatsächlich einsetzende permanente Vollbeschäftigung die „wichtigste Errungenschaft der sozialistischen Wirtschaft." [54] Nun also „kann das Geld keine Kapitalfunktion mehr ausüben, weil die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind und dadurch die Arbeitskraft nicht mehr auf dem Markt als Ware auftritt."[55] Ähnlich wird im Lehrbuch „Politische Ökonomie des Sozialismus" von 1972 die Abschaffung des Geldes, des „Mittels der Ausbeutung", der „Verkörperung des Reichtums von arbeitsscheuen Elementen zur persönlichen Bereicherung", des Mittels „für verschiedene spekulative Machenschaften" als sozialistischer Sieg gefeiert. Zugleich wird behauptet, dass Geld von nun an ausschließlich als Mittel für die „effektivste Verwendung"[56] von Ressourcen und Produkten fungiere.

Wiederum wird von einer Institution der Vergangenheit — dialektisch — gewünscht, dass ihre guten Seiten in Kraft bleiben mögen. Da Geld aber nichts anderes ausdrückt als Gläubiger-Schuldner-Beziehungen, kann es „effektivste" Produktionsanlagen nur dort hervortreiben, wo es in den Aggregatzustand Arbeitskraft bzw. Anlagen mit dem Ziele umgewandelt werden darf, mehr Geld zu werden. Ist dies politisch verboten, leistet jedenfalls Geld nichts für eine steigende Effektivität.

Das, was im Sozialismus Geld genannt wird, ist bestenfalls Ausdruck einer „halbmonetarisierten Wirtschaft"[57]. Es dient allein als Mittel zur Verteilung der vom Staat angeordneten Konsumgüterproduktion auf unterschiedlich hohe Einkommen erhaltende Bürger: „Das Individuum kann nur Konsumgüter und streng begrenzte Eigentumskategorien für den persönlichen Gebrauch erwerben".[58] Da Mengen und ‚Preise' der Konsumgüter a priori festgelegt sind, kann der einzelne mit seinem ‚Geld' jedoch keinen Druck auf den Produktionssektor ausüben, indem er etwa beim billigeren Händler, den es nicht gibt, kauft: „Geld ist in einer sozialistischen Ökonomie ein Zahlungsmittel, aber Geld ist keine wesentliche Größe zur Bestimmung von Produktion, Beschäftigung, Investitionen und Preisen."[59]

Die Bestimmung von Produktion, Beschäftigung und Investition bemisst sich im Sozialismus also allein danach, was in einem Plan a priori tatsächlich festgelegt werden kann. Wir hatten bereits gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, auf diese Weise die am meisten Arbeit sparenden Varianten zu finden, ungleich geringer ausfällt als in der Geldwirtschaft, in der tagtäglich viele Millionen Mal versucht wird, so wenig Geld wie möglich auszugeben, um den Liquiditätsspielraum als ‚Versicherung' gegen die Anarchie der Marktkonkurrenz zu erweitern. Jeder Privateigentümer ist gezwungen, die Geldforderungen, die für die Leistungen zur Erhaltung seines Privateigentums, seiner einzigen Sicherheit, an ihn ergehen, zu bedienen, d.h. sich nicht zu überschulden. In einer Wirtschaft ohne Privateigentum hingegen kann im Produktionssektor mit Geld nichts gekauft werden. Es gibt keine ‚Kunden', die nach der billigsten Lieferung Ausschau halten. Die Existenz des Produktionsbetriebes steht also nie auf dem Spiel, sondern verdankt sich staatlicher Planung: ,,So etwas wie die Überprüfung der Kreditwürdigkeit von Staatsbetrieben ist kaum möglich."[60]

---

[54] Vgl. J. Kornai: Resource-Constrained …, a. a. O., S. 818

[55] A. Lemnitz: Das Geld und die Funktion des Geldes im Sozialismus und in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (DDR) 1955, S. 3 3 f.

[56] ibid., S. 274

[57] Vgl. J. Kornai: „Resource-Constrained …", a. a. O., S. 817

[58] G. Garvy: The Monetary System and the Payments Flow [of the Central Planned Economy] (1966), in A. Nove/D. M. Nuti (Hg.): a. a. O., S. 279

[59] H. P. Minsky: John Maynard Keynes, New York 1975, S. 72

[60] G. Garvy: Money, Financial Flows, and Credit in the Soviet Union, Cambridge/Mass. 1977, S. 115. An dieser Aussage hat auch die Reform des sowjetischen Geld- und Kreditsystems in der großen Wirtschaftsreform von 1965 nichts Bedeutendes ändern können: „Der Umstand, dass Geldströme, Kredit und Zinsen heute eine größere Rolle als vor der Reform für das Schmieren der ökonomischen Maschine zwecks Steigerung ihrer Effizienz spielen, stellt für sich genommen keine nennenswerte Änderung dar … Das Hauptproblem sozialistischer Wirtschaften besteht nicht darin, ausreichende Finanzierungsmittel für Investitionen aufzutreiben, sondern ihre Verwendung zu optimieren … Die Reform hat ihr entscheidendes Ziel verfehlt — nämlich finanzielle Anreize so mächtig werden zu lassen, dass die Unternehmen ihre Anstrengungen zur Einführung fortgeschrittener Technologien maximieren." Vgl. ibid., S. 185

Die bereits 1917 von Lenin als „Gerüst für den Sozialismus" konzipierte „einzige Staatsbank, als größte der großen", bewirkt mit ihrer schieren Größe für die Optimierung der gesellschaftlichen Produktion an sich gar nichts. ‚Größer als Rockefeller' zu sein, bedeutet keineswegs, auch so lukrative private Betriebe im Portfolio zu haben wie etwa die Exxon-Ölgesellschaft. Die *einzige* Staatsbank ist gerade in ihrer absoluten Größe keine Bank mehr. Sie wird tatsächlich zu der von Lenin angestrebten und von Marx vorgedachten „Buchführung als Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des (Produktions-)Prozesses." Vgl. K. Marx: Das Kapital — Zweiter Band, a. a. O., S. 137. Zu Lenins Bankplänen vgl. G. Garvy: The Origins of Lenin's View on the Role of Banks in the Socialist Transformation of Society, in: History of Political Economy 1972, No. 1, S. 252 ff., insbes. S. 252 und 262.

Wiederum glaubt man mit der Übernahme der beim kapitalistischen Geschäftemachen entwickelten Buchführung auch ihre Effizienz auf die *ganze* Gesellschaft übertragen und dabei noch großartig die vielen konkurrierenden Buchführungen einsparen zu können. Die kapitalistische Buchführung dient aber ausschließlich der — nur an vorhandener Konkurrenz messbaren — Kostenermittlung zwecks Geldausgabenverringerung. Ist das diesem Interesse unterliegende und dauernd seinen Bankrott abwehren müssende Privateigentum abgeschafft, entfällt auch die faszinierende, aber ihr eben nicht inhärente Rationalität der Buchführung.

VIII

Funktioniert nun diese Planung in optimaler Weise, haben die Planmacher also sämtliche Informationen über die Ressourcen in einem bestimmten Zeitpunkt, an den anschließend das produziert werden soll, was eben a priori festlegbar ist, so sollte die wirtschaftliche Gesamtbilanz der Gesellschaft ausgeglichen sein. Dies ist aber empirisch nicht der Fall. Wir vernachlässigen bei der Erklärung dieses Umstandes die unvermeidliche — mit vielen Beispielen belegbare [61] — Fehlentwicklung, die daraus resultiert, dass eine hundertprozentige Information über die gegebenen Ressourcen für die Produktion von morgen eben nur sehr schwer zu haben ist. Wir konzentrieren uns bei der Erklärung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts auf die ‚einzige wahre Produktivkraft‘: die lebendige Arbeit.

Für das Ende von Einkommenslosigkeit und Armut des Lohnarbeiters wird ja die Revolution ins Werk gesetzt. Bei seiner theoretischen Einschätzung rächt sich aber nach der Revolution die Verwechslung der Empörung über die Schändlichkeit der Ausbeutung durch Individualkapitalisten mit der Entdeckung einer durch diese Schande künstlich kleingehaltenen Produktivkraft. Die Überzeugung, dass nach der Revolution „alle Werktätigen […] an einer schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität interessiert sind“[62], wird denn auch schweren Beanspruchungen ausgesetzt. Woher rühren sie?

Die Lohnarbeiter sind — wie an ihrem mehrheitlichen praktischen Desinteresse an Genossenschaften deutlich wird — über den Kapitalisten nicht in erster Linie deshalb empört, weil er mit seinem Geld Arbeitskraft kauft, sie also ausbeutet, sondern darüber, dass er das nicht tut. In diesem Falle tritt für die Lohnarbeiter Einkommenslosigkeit ein. Sie sind deshalb an einem garantierten Ende von Einkommenslosigkeit interessiert. Sie mögen auch hoffen, dass durch die Vertreibung der Kapitalisten dieses heiß ersehnte Ende eintritt und daher politisch aktiv werden. Das von der Theorie erhoffte Ende der Drückebergerei des Ausgebeuteten ist aber etwas ganz anderes als das vom Ausgebeuteten erhoffte Ende der Einkommenslosigkeit.

Gewiss dient dem vom Kapitalisten angekauften Lohnarbeiter die Drückebergerei zur Schonung seines Privateigentums, seiner Arbeitskraft, damit er mit ihr auch in Zukunft seinen Lebensunterhalt verdienen kann. Ist nun nach einer erfolgreichen Revolution sein Einkommen durch staatliches Gesetz sicher, braucht er seine Arbeitskraft natürlich nicht mehr zu schonen, um sein Privateigentum zu erhalten. Dieses ist ja praktisch abgeschafft. Er ist aber immer noch ein Mensch, der ‚nur einmal lebt‘, im ‚hier und heute‘ seinen Tag verbringt und davon auch etwas haben möchte. Die Aussicht, dass in einem noch fernen und deshalb auch nicht garantierbaren Zustand der nachrevolutionären Gesellschaft die Arbeit einmal abgeschafft sein wird, bringt ihn doch heute nicht dazu, begeisterter als je zuvor seine Arbeitskraft in die Schanze des Produktionssektors zu werfen und so die Basis für den Kommunismus ‚ursprünglich zu akkumulieren‘.

---

[61] Vgl. z.B. J. Kornai: Anti-Equilibrium, a. a. O., Kap. 19

[62] F. Behrens, a. a. O., S. 22. Mit derselben Gewissheit hatte schon Lenin verkündet: „Diese Expropriation [der Kapitalisten! wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung aufhält, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Oberzeugung zu sagen, dass die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird.“ Vgl. W. I. Lenin: Staat und Revolution (1917) in Ders., Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 231

Die Vorstellung, dass auch im Sozialismus — wenn er in einem kapitalistisch noch nicht hochentwickelten Lande beginnt — erst einmal eine „ursprüngliche Akkumulation" erfolgen müsse, welche man ja seit Marx als unverzichtbare materielle Voraussetzung für die beeindruckende kapitalistische Entwicklungsdynamik und damit auch für jede andere Wirtschaftsdynamik betrachtete, wurde in der UdSSR, aber auch in allen anderen sozialistischen Ländern, Ursache einer gewaltigen und unnützen Ressourcenverschleuderung bei dem Aufbau des Produktionssektors. Ebenso wie Marx im Handelskapital, in kolonialem Raub und gestohlenem Bauernland fälschlicherweise die materielle Voraussetzung der kapitalistischen Akkumulation sah, d.h. wie oben in Kap. II gezeigt, den wirklichen Grund der neuen wirtschaftlichen Dynamik verfehlte, nämlich den Liquiditätsdruck aus der Schuldnerbeziehung des Landbesitzers zu knappen und freien Arbeitern, musste auch die hier gutmarxistische Sowjetunion einen unnötig furchtbaren Preis entrichten, als sie daran ging, mit Hilfe eines politisch angeordneten ‚ungleichen Tausches' zwischen privaten Bauern und staatlichem Industriesektor die Entwicklung voranzutreiben. Die geringer als zuvor bezahlten Güter, mit welchen die Bauern die Industrialisierung ‚bezahlen' sollten, entdynamisierten die Landwirtschaft, ohne doch der Arbeiterklasse jene Entwicklungsdynamik einzupflanzen, welche für die Frühzeit des Kapitalismus zu verzeichnen ist, aber dort eben nicht über ungleichen Tausch oder Raub den Bauern abgepresst wurde. Statt der erhofften Leistungs- und Lohnsteigerungen als Resultat der Anwendung dieses „fundamentalen Gesetzes der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation"[63] wurde nicht allein die Bauernschaft blutig ausgebeutet — was immerhin Programm war —, sondern auch das Einkommen der Arbeiter mächtig gedrückt: „Die städtischen Reallöhne fielen während des ersten Fünfjahresplanes [Okt. 1928 bis Dez. 1932] sehr drastisch. Unter Einschluss des 2. Fünfjahresplanes, d.h. zwischen 1929 und 1937, fielen die Reallöhne immer noch um 43 %"[64].

Konnte der englische freie Landarbeiter Ende des 14. Jahrhunderts „in Fülle leben und Reichtum akkumulieren" (K. Marx) und war das 15. Jahrhundert das „goldene Zeitalter der englischen Arbeiter in Stadt und Land" (K. Marx), weil die Produktivkräfte zwecks Liquiditätsverbesserung entfesselt werden mussten, hat „das imponierende Produktionswachstum in der Sowjetunion … mehr gekostet als gebracht"[65].

Diese Erfahrungen haben sich die RGW-Länder inzwischen durchaus eingestanden. Den dahinterstehenden theoretischen Fehler haben sie jedoch noch nicht erkannt. Exemplarisch lässt sich das an der polnischen Wirtschaftspolitik der 70er Jahre zeigen, hier sollte die Reichtumsakkumulation zur Erstellung der Basis für den eigentlichen sozialistischen Wirtschaftsfortschritt durch den Import modernster Produktionsanlagen aus dem Kapitalismus geschafft werden. Wiederum kann durchaus von einem „imponierenden Produktionswachstum" gesprochen werden. Gleichwohl war es ein Strohfeuer. Die in diesen importierten Anlagen verkörperte Dynamik konnte vom polnischen Staat schließlich nicht mitimportiert werden. Die in ihnen vergegenständlichte ‚tote' Arbeit im Kapitalismus ausgebeuteter Werktätiger kann mithin von den Polen nicht bezahlt werden, weil die Güter, mit welchen sie ihre Westschulden begleichen wollen, zum Zeitpunkt ihres Eintreffens auf den kapitalistischen Märkten mit Gütern konkurrieren müssen, die aus der dem Kapitalismus eigenen Dynamik schon wieder billiger sind als die aus Polen kommenden. Dies erklärt die internationale Kreditkrise der Volksrepublik.[66]

IX

Dem ‚Menschen' eignet also kein inhärentes Interesse an der Entfesselung von Produktivkräften, welche dann eine besonders günstige Gesellschaftsform — der Sozialismus — noch weiter steigern könne als alle übrigen sozialen Strukturen der Menschheitsgeschichte. Die Entfesselung der Produktivkräfte ist ein Abfallprodukt der Privateigentumswirtschaft und kann von einer sozialistischen Arbeiterklasse, welche diese abgeschafft hat, nur wie ein Wunder erhofft werden. Gewiss will wohl jeder Produzent im ‚hier und heute' einer ihm vorgegebenen Sozialstruktur möglichst wenig schuften. Aber raffinierte Technologien und revolutionäre Produkte für Konsum- und Arbeitsersparung, von denen er nichts weiß, weil es sie nicht gibt, machen ihn nicht heiß. Unruhig jedoch wird der von seiner Arbeitskraft enteignete und in die Einkommenssicherheit versetzte Arbeiter, wenn anderswo eben jene Technologien und Neuheiten auftauchen. Und dies geschieht, weil dort das Privateigentum noch lebt, d.h. der permanente Wechsel des Aggregatzustands des Geldes immer noch im Gange ist.

---

[63] Vgl. E. Preobrazhensky: Socialist Primitive Accumulation (1926), in: A. Nove/D. M. Nuti, a. a. O., S. 147
[64] A. Vyas: Primary Accumulation in the USSR Revisited, in: Cambridge Journal of Economics 1979, S. 129
[65] Vgl. den marxistischen schwedischen Wirtschaftshistoriker B. Gustafson: Finns det ekonomiska drivkrafter för Sovjetunionens expansion? (Gibt es ökonomische Triebkräfte für die Expansion der Sowjetunion?), in: Ekonomisk Debatt, Stockholm 1 980, Heft 7, S. 517 f.
[66] Vgl. G. Gomulka: Growth and the Import of Technology: Poland 1971 —1980, in: Cambridge Journal of Economics 1980, S. 1—16

Nicht theoretische Analyse, sondern „der gute alte Aberglaube an den göttlichen Sinn" (Max Horkheimer) ist am Werk, wenn auch für die Gesellschaft ohne Privateigentum ersehnt wird, dass seine segensreichen Produkte auch in Zukunft abfallen werden. Die Wirklichkeit lässt diesen Aberglauben ziemlich schnell auffliegen, und die Leiter der neuen Gesellschaft gehen dazu über, für die Erfüllung des ‚göttlichen Sinns' - die ferne arbeitsfreie kommunistische Zukunft — nicht mehr auf die entfesselte Schöpferkraft der unausgebeuteten lebendigen Arbeit zu vertrauen, sondern ihr ganz gehörig auf die Finger zu schauen: „Die Arbeit … ist aber im Sozialismus noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis geworden und bedarf des materiellen Ansporns. Die sozialistische Gesellschaft übt eine äußerst genaue Kontrolle über das Maß der Arbeit und der Entlohnung eines jeden Werktätigen aus."[67]

Es ist theoretisch nicht auszuschließen, dass diese Kontrolle bis heute als reine Gewaltmaßnahme — wenn wohl auch nicht durchweg als stalineske Erschießung bereits für verspätetes Erscheinen am Arbeitsplatz — exekutiert würde, wenn nicht der unrevolutionierte Kapitalismus die ‚dialektische' Erinnerung an die gewiss anarchische Reichtumsentwicklung und Arbeitsersparnis einer Privateigentumswirtschaft ständig auffrischen würde. Dass also die Genossen des Revolutionsführers, die kühnen Parteikader der ersten Stunde, bisher nur in Ausnahmefällen bereits erbliche Lehnsmänner geworden sind, wie das zu Beginn des Mittelalters bei den tapfersten Getreuen der germanischen Heerführer zu beobachten war, die den römischen Grundbesitzer beseitigten und seine Werktätigen unter sich aufteilten, dass also die sozialistischen Werktätigen nicht mehr vorrangig mit Knute und Arbeitslager kontrolliert werden, verdanken sie in erster Linie ihren Kollegen, die immer noch unter der kapitalistischen Ausbeutung ihr Auskommen zu finden haben.

Diese Nachbarschaft zur Geldwirtschaft hat denn auch ein anderes Kontrollmittel nahegelegt, welches eben diese Nähe zum Ausdruck bringt: Die Unterteilung des (sicheren) Einkommens in einen fixen und einen (verlierbaren) Prämienteil. Die Prämie konserviert ein Stück Unsicherheit auch nach der Abschaffung des Privateigentums. Da aber die Steuerung mit Konsumgeld-Prämien ungleich mehr Unwägbarkeiten nach sich zieht als die ‚genaue' Knuten- und Zwangsarbeitslagersteuerung, hat sie im realen Sozialismus Entwicklungen nach sich gezogen, die wir etwa im — ihm strukturell ähnlichen — Inkareich, das ja nicht den Glanz einer benachbarten Geldwirtschaft abzuschirmen hatte — noch nicht vorgefunden haben: ein nicht münzbares Produktionssektorgeld[68] in einer Gesellschaft, welche die technische Herstellung von Geld in Münz- oder Papierform ansonsten ohne Schwierigkeiten beherrscht.

Wir haben an anderer Stelle[69] gezeigt, dass die fast durchweg herrschende Lehre, welche Geld als technische Erfindung zur Erleichterung des mühseligen Unterfangens auffasst, Schweine gegen Esel gerecht zu tauschen, gerade daran scheitert, im Geld die handhabbar gemachte Gläubiger-Schuldner-Beziehung zu erkennen, welche individuelles Privateigentum mit einem ebenso individuellen Existenzrisiko zur historischen Voraussetzung hat. Wir präsentieren nun einen weiteren Beleg für diese Aussage, indem wir zeigen, dass — trotz Vorhandenseins von Münzen und Scheinen — durchaus Schweine gegen Esel oder, besser, Reifen gegen Bandstahl getauscht werden. Wir werden dabei einmal mehr das Charakteristikum von Geld nicht an seiner technischen Gestalt, sondern an Gläubiger-Schuldner-Beziehungen erkennen müssen, die unter besonderen Umständen gerade nicht durch ein allgemeines Zahlungsmittel handhabbar gemacht werden dürfen. Um welche Umstände geht es dabei?

Sie sind im real existierenden Sozialismus dadurch gekennzeichnet, dass mit dem ihm zugehörigen Konsum-Geld Produktionsmittel nicht gekauft werden können, weil diese ja durch einen a priori festgelegten Plan zugeteilt werden, um eben die kapitalistische Anarchie in der Produktion nicht wieder aufkommen zu lassen, also den Auftrag der Revolution zu erfüllen. Nun wird aber — zur Arbeitskontrolle — den Werktätigen Geld für Konsum vorenthalten, wenn sie im Produktionssektor den Plan nicht erfüllen. Wollen sie sich ausreichend Geld für den Konsum sichern, müssen sie erst einmal die Unsicherheit bei der Planerfüllung in der Produktion reduzieren, sich also dort ein Mittel gegen Engpässe schaffen, um nicht im Konsumbereich schließlich zu kurz zu kommen.

---

[67] Vgl. zu dieser Argumentation W. I. Lenin: Staat und Revolution, a. a. O., S. 232. Zum Zitat vgl. Lehrbuch Politische Ökonomie (1954), Berlin (DDR), 1955, S. 500

[68] Vgl. zur Identifikation von gehorteten Ressourcen mit einer Variante von Geld O. Steiger: Geld und Ökonomie — 14 Thesen, in J. Müller/B. Wassmann (Hg.): L'invitation au voyage zu Alfred Sohn-Rethel (Festschrift zum 80. Geburtstag), Bremen 1979, These 13

[69] Vgl. G. Heinsohn: Privateigentum patriarchalische Familie, Geldwirtschaft, Klassenteilung und Bevölkerungsentwicklung. 50 Thesen zur Rekonstruktion der Entstehung antiker Hochkulturen, Universität Bremen 1981, vv. Typoskript, insbes. Thesen 34—44, sowie G. Heinsohn/O. Steiger: Allgemeine Theorie über den Ursprung des Geldes und die Entstehung von Geldwirtschaften, Universität Bremen 1981, vv. Typoskript, passim.

Wir werden sehen, dass dieses Mittel, welches sich der staatlichen Existenzdrohung gegen die Werktätigen zum Zwecke der Planerfüllung verdankt, die Planerfüllung prinzipiell unmöglich macht. Diese Aussage bedeutet allerdings nicht, dass der Verzicht auf die Drohung mit Konsumgeldentzug etwa eine effizientere Produktion sicherstellen würde: Ein Plan z.B. über 1000 Lokomotiven, von denen durch die Prämienregelung immerhin 900 abgeliefert werden, bringt natürlich immer noch mehr als ein Plan über 1000 Lokomotiven, von denen, bei Abwesenheit von Knuten- und Prämienkontrolle, nur 500 abgeliefert werden. Wir kümmern uns hier also nicht um eine moralische Beurteilung der Produktion. Die Bedrohung mit Knute, Lager oder Prämienkürzung mag nicht minder schändlich als die Ausbeutung durch Kapitalisten, ja als Verrat an den revolutionären Massen eingeschätzt werden. Sie ist aber zweifellos effektiver als die — allein anständige — bloße Garantie gegen Einkommenslosigkeit, von welcher die Menschen selbstverständlich zu allen Zeiten sehr angetan gewesen sind.

Woraus erklärt sich nun die prinzipiell ungenügende gesamtgesellschaftliche Planerfüllung bei Arbeitsüberwachung durch Konsumgeldentzug? Dieser Entzug tritt bei mangelnder Planerfüllung ein und stimuliert eben dadurch ein Interesse an der Erfüllung des zentral vorgegebenen Produktionsrahmens. Um die Konsumgeldprämie wirklich absichern zu können, wird deshalb der einzelne Betrieb bei der zentralen Planung immer mehr Ressourcen verlangen, als materiell unbedingt erforderlich sind. Er kann das mit einer Ausschussquote legitimieren, die höher angegeben wird, als sie in Wirklichkeit ausfällt, und den Rest, der also gar kein Ausschuss ist, horten, in Reserve halten.

Den Unwägbarkeiten *eines* Planzeitraumes begegnet der Betrieb mit dieser Reserve. Im *nächsten* Planzeitraum erhält er dieselbe Menge Ressourcen und kann sich wieder einen Scheinausschuss, der tatsächlich ein echter Überschuss ist, hinlegen. Er häuft so eine wachsende Güterreserve an. Bereits diese Reserve, der sogenannte Überplanbestand, dient der Sicherheit für die Konsumgeldprämie in einem Planzeitraum, in welchem das staatlich vorgegebene Ablieferungssoll, aus welchen Gründen auch immer, einmal nicht produziert werden kann.

Prinzipiell derselben Funktion, also der Planerfüllungsprämie, dient die Verwendung der Überplanbestände als Mittel zur Verfügung über Ressourcen, mit denen die eigene Planerfüllung sichergestellt werden kann, die aber im Bereich eines anderen Betriebes liegen, der ja aus denselben Gründen Rohstoffe und Produkte hortet: „Die viel gescholtenen ‚Überplanbestände' in sozialistischen Ökonomien entpuppen sich so gesehen als Rationalität eines Wirtschaftssystems, in dem es sinnlos ist, ein allgemeines Medium gegen Unsicherheit nachzufragen."[70] Planüberfüllung ist also nichts anderes als Planerfüllung plus ein Stück ‚Geldmacherei'. Nur für dieses ‚Güter-Geld' gibt der andere Betrieb Ressourcen, sein ‚Güter-Geld', heraus, da er mit den Konsumgeldzetteln ja keine Produktionsgüter kaufen darf. Aus eben diesem Grunde kann die innerbetriebliche Reservenbildung auch nicht durch Rationalisierung, sondern nur durch Horten erfolgen. Die Rationalisierung erforderte freies Disponieren des Betriebes beim Einkauf aller notwendigen Anlagen, Ressourcen und Arbeitskräfte für die billigere Produktion, brächte also die alte Anarchie zurück, die mit der Ersetzung des Einkaufs durch zentrale Zuteilung ja gerade unterbunden bleiben soll.

Das von den Betrieben produzierte ‚Güter-Geld' kann mithin kein allgemeines Zahlungsmittel werden. Bestenfalls können die gehorteten Güter durch eine Organisation von mehr oder weniger illegalen Maklern (den sogenannten Toklatschij oder ‚Stoßern' in der UdSSR) möglichst rational zum Austausch gebracht, d.h. der Umfang der gehorteten und der Produktion damit entzogenen Güter kann entsprechend klein gehalten werden. Allerdings können diese Stoßer die Informations- und Kostenvorteile eines allgemeinen Zahlungsmittels nicht annähernd erreichen. Vieles vom Gehorteten verdirbt einfach und wird nun wirklich zum Raum am Volkswohlstand. Es fehlt permanent für die Gesamtplanerfüllung und führt daher zu einer ewigen „Unersättlichkeit"[71] des gesamten sozialistischen Wirtschaftssystems nach Ressourcen: Alles ist knapp.

---

[70] Vgl. O. Steiger, a. a. O., These 13.
Siehe auch zur — gleichwohl als Kapitalismusrelikt falsch erklärten — Illustration dieses Umstands A. Lemnitz, a. a. O., S. 105: „Solche Werksleitungen versuchen zum Beispiel eine kontinuierliche Produktion ihres Betriebes dadurch zu gewährleisten, dass sie sich hohe, weit über den Plan hinausgehende Bestände an Engpassmaterialien zulegen."
Da ein Kapitalist zwecks kostengünstiger Lagerhaltung gerade nicht Überplanbestände hortet, ist der Verweis von Lemnitz auf „Überreste einer kapitalistischen Auffassung der Leitung der Betriebe" (ibid.) nur Ausdruck theoretischer Hilflosigkeit.

[71] Diese „Unersättlichkeit" sieht Kornai als Ursache für die permanente allgemeine Mangelsituation im Sozialismus und erklärt sie aus den „weichen" — also tendenziell unbeschränkten — Budgets der Betriebe. Aus diesem weichen Budget folge, dass der Betrieb nicht untergehen könne, aber schrankenlos wachsen wolle — selbst wenn außer ihm niemand davon etwas hat. Kornai übersieht jedoch, dass beim aus Konsumgeld bestehenden Lohnbudget keineswegs von „Weichheit" die Rede sein kann. Gerade weil es durch Prämienverlust sogar gekürzt werden könnte, kommt die Unersättlichkeit der Betriebe nach Ressourcen und — was dann systematisch dasselbe ist — nach Devisen zustande. Vgl. J. Kornai: „Resource-Constrained …", a. a. 0., S. 806 ff. und 813 f. Die von Kornai unterstellte wichtigste Motivation für die Expansionsunersättlichkeit — die „Identifikation mit dem Betrieb" (ibid., S. 814) — wird nur in Ausnahmefällen einem herausragenden ‚sozialistischen Charakter' entspringen, aber im Normalfall nichts anderes sein als die Identifikation mit Karriere bzw. Einkommen.

Aus eben diesem Grunde erklärt sich auch das Horten in den Konsumhaushalten. Das Schlangestehen nach bestimmten Waren, die momentan nicht benötigt werden, resultiert daraus, dass selbst die Konsumgeldzettel nicht unbedingt immer „reales Geld" — im Unterschied zum bloßen „Rechengeld" für die Produktionsbetriebe — sind. Auch das Horten von Konsumgütern stellt eine Art privater ‚Geldmacherei' dar, geben doch diese Güter Verfügung über knappe andere Güter, deren Bezahlung auf Grund ihrer Verknappung mit den wirklichen Geldzetteln ungleich teurer ausfallen würde als die Bezahlung mit einem ebenfalls knappen Gegenstand, für den derjenige, der ihn als ‚Geld' einsetzt, jedoch nur die staatlich festgelegte Geldsumme bezahlt hat.

Hier entsteht tatsächlich ein — wenn auch grauer — Markt, für den es den Schieber so gut gibt wie im Produktionssektor den Toklatschij oder, im Kapitalismus, all die Agenten für nicht beliebig vermehrbare Güter (Premierenkarten, Grundstücke etc.). Da der ‚Stoßer' aber für einen ganzen Produktionsbetrieb einkauft, der Konsument jedoch für eine viel kleinere Einheit die Versorgung sicherzustellen trachtet, ‚schieben' tendenziell alle: „Innerhalb dieses unterirdischen Handelssystems werden die hochwertigen Waren umgeschlagen: italienische Herrenschuhe = 1/2 Kilo Kaviar = eine sibirische Pelzmütze = 1/50 einer finnischen Möbelgarnitur = 1/10 vom besten russischen Kühlschrank ZIL = 1/220 des Automodells Schiguli = zwanzig Gedichtbände von Andrej Wosnessenski und so fort."[72]

Die systemimmanente Knappheit, welche zu all den Schiebereien führt, ist selbstverständlich nur als eine relative Knappheit erkennbar. Die Unersättlichkeit des Systems beruht also letztlich darauf, dass der ärgerliche Kapitalismus nebenan die eigene Bevölkerung — anders etwa als zu Zeiten, wo fast die gesamte überschaubare Welt feudalistisch stabil organisiert war und die eigene Armut in Relation zu reichen Nachbarvölkern kaum erkennbar wurde — begehrlich, unruhig und, tendenziell, zum Aufstande bereit macht. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass diejenigen, die in diesem System solchen Aufstand am meisten zu fürchten haben, die prinzipiell knappen Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Technologien) auch anderswo durch militärische Eroberung oder Industriespionage gewaltsam beschaffen. Das Interesse an ‚Welteroberung' bestände dann nicht etwa darin, überall die Segnung der sozialistisch entfesselten Produktivkräfte hinzutragen, sondern darin, die Unfähigkeit zu eben solcher Entfesselung durch Beseitigung des Maßstabes, an dem sie erkannt werden kann, zu verschleiern, also den Beherrschten einen zentralen Grund ihrer Unruhe zu nehmen.[73] Erst am Abschluss eines solchen Eroberungsprozesses bekäme dann auch der Ökostalinismus eines Wolfgang Harich recht: Das einer Umweltkatastrophe zutreibende Wachstum der Privateigentumswirtschaft käme tatsächlich an sein Ende. Kein Anlass nämlich drängte mehr dazu, diese ungeheure Dynamik in einer ‚Negation der Negation' aufzuheben. Sie könnte vergessen werden oder lediglich einer Gruppe von Spezialisten für die Erinnerung — vergleichbar den mönchischen mittelalterlichen Textkopisten — noch zugänglich sein.

Wir halten also fest, dass in der nachrevolutionären Gesellschaft Güter als ‚Geld' nicht etwa deshalb verwendet werden, weil es an Einfallsreichtum dafür gebricht, die mühseligen Einkaufs- und Verkaufsaktionen durch ein allgemeines Zahlungsmittel unkompliziert zu machen, sondern weil die Geldwirtschaft politisch verboten ist, gleichwohl aber Konsumgeldzettel bei ungenügender Produktion den Arbeitern entzogen werden. Die Einführung eines allgemeinen Zahlungsmittels bedeutete hingegen nicht etwa eine revolutionäre technische Erfindung, sondern die Konterrevolution.

Gäbe es für den realen Sozialismus die benachbarte Schande der Ausbeutung durch individuelle Kapitalisten nicht mehr, die ja als Argument für die Charakterisierung der eigenen Evolutionsstufe als einer fortgeschritteneren herangezogen wird, könnte solche Konterrevolution aber auch durchaus als voranweisende Evolution aufgefasst werden. Will eine Emanzipationsbewegung, wie heute in Polen, dem Vorwurf der Konterrevolution bei ihren evolutionären Bemühungen vorbeugen, darf sie also die Ausbeutung durch individuelle Kapitalisten nicht wieder einführen wollen. Als voranweisende Lösung bleibt für sie mithin lediglich die freie Assoziation der unmittelbaren Produzenten.

[72] Vgl. L. Lifschitz-Losev: „Bücher als Wodka", in: Transatlantik, Heft 12, Dezember 1980, S. 85

[73] Zu den inhärenten imperialistischen Tendenzen des sowjetischen Wirtschaftssystems, die nicht weniger gefährlich einzuschätzen sind als diejenigen des Kapitalismus, vgl. B. Gustafson, a. a. O., S. 512-521

Das genossenschaftliche Eigentum brächte den freien Arbeiter als freies Kollektiv zurück. Es kennt den individuellen Ausbeuter nicht und verwandelt das traditionelle Risiko der Einkommenslosigkeit bei mangelnder Marktgängigkeit der Produkte in die egalitäre Einkommensverminderung. Der Vergleich mit anderen, reicheren Genossenschaften spornt dann dazu an, diese Einkommensverminderung nicht zu weit gehen zu lassen, den Unterschied vielmehr aufzuholen und so eine neue Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Gang zu setzen. Auch in einer solchen Struktur darf nicht ausgeschlossen werden, dass ganze Genossenschaften unter das Existenzminimum fallen können. Für die Absicherung gegen dieses Risiko müssen sie also einen Versicherungsfonds bilden, aus dem dann auch Genossenschaftsbetriebe finanziert werden bzw. die Genossen bis zur Aufnahme in eine andere Genossenschaft ihren Unterhalt bestreiten können. Aus dem Fehlen eines solchen Versicherungssystems zwischen den Selbstverwaltungsbetrieben Jugoslawiens z.B. erklärt sich u.a., dass es dort immer noch genuine Konkurse mit dem anschließenden Zerfall der Bindungen zwischen den Betriebsangehörigen gibt, diese also doch wieder dem traditionellen Lohnarbeiterschicksal unterworfen sein können. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass weder diese Selbstverwaltungsbetriebe egalitär entlohnen, noch niedere und höhere Arbeiten zwischen den Produzenten rotieren, also keine Lebensgenossenschaften, sondern nur Produktionseinheiten darstellen.

Für das Polen Lech Walesas und seiner „Solidarität" lässt sich vorstellen, dass sich die Betriebsbelegschaften jeweils als Genossenschaften konstituieren. Es ist aber auch dort möglich, neu zu errichtende Betriebe von vornherein als genossenschaftliche aufzubauen, also den Weg einzuschlagen, den die Genossenschaftler in der Konkurrenz mit Individualkapitalisten gehen. Da solche Unternehmer in Polen fehlen und nicht erst wegzukonkurrieren sind, werden zu Hauptgegnern einer genossenschaftlichen Entwicklung diejenigen, die einem Produktionsbetrieb nicht angehören und seinen Anforderungen auch keineswegs ohne weiteres nachzukommen gedenken. Der Apparat von Planern, Parteiführung, Polizei, Armee etc. wird für die Evolution zu freien Assoziationen unmittelbarer Produzenten auf nationaler Stufenleiter den konterrevolutionären Part übernehmen. Als ‚Wahrer der sozialistischen Errungenschaften' müssen sie einem Lech Walesa früher oder später das Schicksal seiner Vorgänger Wat Tylor und Thomas Müntzer bereiten. Beide wurden gewaltsam zu Tode gebracht, der englische Lollardenführer hat aber mit seiner Beteiligung an der Hervorbringung des freien englischen Arbeiters im 14. Jahrhundert durchaus etwas bewegt.

Ohne den *freien* Arbeiter und das private, wenn auch nicht persönliche — aber in jedem Falle nicht monopolisierte — Eigentum gibt es die Entfesselung der Produktivkräfte nicht. Die freie Assoziation der Arbeiter hat dabei im Unterschied zum ausgebeuteten freien Arbeiter den Vorteil, dass sich die unabhängigen Produzenten auch freiwillig fortpflanzen und ihren Nachwuchs verantwortungsvoll und freundlich erziehen. Sie haben ihm — mit der Genossenschaft — eine Zukunft zu vererben, während der freie Arbeiter, der sich beim Ausbeuter verdingt, in dieser Lage nicht ist und deshalb dazu tendiert, kinderlos zu bleiben. Eben diese im Kapitalismus lange gefürchtete Bedrohung der Ökonomie durch Ausbleiben der nächsten Generation freier Arbeiter hat immer zu furchtbaren staatlichen und kirchlichen Gewaltmaßnahmen zwecks — unfreiwilliger — Vermehrung der Arbeiter geführt[74], die dann immer gleich ***zu** viele* Menschen, also unsägliches Elend und, mit der Bevölkerungsexplosion, ökologische Untaten größter Dimensionierung nach sich zog. Es überrascht deshalb wiederum nicht, dass von allen hochentwickelten Industriegesellschaften der Erde allein der Kibbutz eine zureichende Zahl von Kindern für die eigene Reproduktion in die Welt setzt und auch sehr liebevoll behandelt.[75]

[74] Vgl. zur Geschichte dieser gewaltsamen Vermehrungspolitik nach dem Zusammenbruch der feudalen mittelalterlichen Ökonomie G. Heinsohn/K. Knieper/O. Steiger: Menschenproduktion – Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit, Frankfurt/M. 1979.
Aufgrund seiner überlegenen Geschwindigkeit der technischen Ersetzung lebendiger Arbeit ist der Kapitalismus zuerst imstande, die Verfolgung der Nachwuchsverhütung dauerhaft zu liberalisieren und zugleich ein bemerkenswertes Niveau an Verhütungsverfahren zu entwickeln. Er unterscheidet sich damit sowohl vom merkantilistischen Absolutismus, unter dem die Bestrafung für Nachwuchsverhütung zwecks langfristiger Arbeitskräftebereitstellung in höchster Grausamkeit eingeführt wurde (sog. Hebammen-Hexenausrottung), als auch vom real existierenden Sozialismus, dessen Schwanken zwischen Verschärfung und Verminderung der Gewalt bei der Geburtenkontrolle seiner eigentümlichen Unersättlichkeit nach Arbeitskraft geschuldet ist. Vgl. ibid., Kapitel F. 5, S. 162-184

[75] Vergleiche zur Ökonomie des Fortpflanzungsverhaltens selbständiger und lohnabhängiger Produzenten G. Heinsohn/O. Steiger: The Economic Theory of Fertility. An Alternative Approach for an Economic Determination of Procretation, in Metroeconomica, Heft 3, 1979, S. 271-298